

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 37. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 10 2002

Stoppt das Asylchaos

Démocrate  Suisse
Pages 13–15
 Ja zur Asyl-Initiative



Hans Steffen,
e. Nationalrat,
Fischenthal

Eidg. Volksinitiative «gegen Asylmissbrauch» aus der Sicht der Schweizer Demokraten (SD)

Bekanntlich wird am 24. November 2002 über dieses Volksbegehren der Schweizerischen Volkspartei (SVP) abgestimmt. Ohne einem Beschluss des Zentralvorstandes vorgehen zu wollen, darf festgestellt werden, dass die SD diese Initiative wohl unterstützen werden, denn die politischen Ziele der SD liegen auf dieser Linie.

Was sagt das SD-Legislaturprogramm 1999–2003?

Im Kapitel 3 fordern die SD neben verschiedenen anderen Punkten,

- das allzu freizügige Asylgesetz ist zu verschärfen, damit die Schweiz als Asylland ihre Attraktivität für Schein- und Wirtschaftsasylanten aus aller Welt verliert...
- ...auf Bargeldleistungen ist zu verzichten...
- illegal eingereiste Asylbewerber und solche, deren Gesuch rechtskräftig abgewiesen worden ist, werden umgehend und ohne Beschwerdemöglichkeit aus der Schweiz weggewiesen...
- straffällige Asylbewerber sind asylunwürdig...

Wer das ganze erwähnte Kapitel 3 mit dem nebenstehenden Text im Kästchen vergleicht, kommt zum Schluss, dass einige Forderungen der SD dort ihren Niederschlag gefunden haben. Bedauerlich ist eigentlich nur, dass folgendes Anliegen vermutlich nicht aufgenommen werden konnte:

- der Schutz der Schweizergrenze vor illegalen Eindringlingen ist wirksam zu verstärken (personelle Aufstockung des Grenzwachtkorps, Einsatz moderner elektronischer Überwachungsgeräte, Ausbildung und Einsatz von Armeeeinheiten)...

Bundesrätin Metzler und der Gesamtbundesrat weigern sich seit Jahren, den Schutz der Grenzen zu verstärken, obwohl bekannt ist, dass sich die Zahl der Asylsuchenden bei Anwendung entsprechender Grenzmassnahmen auf einen Bruchteil reduzieren liesse – mit entsprechender Reduktion der immensen Kosten.

Als Begründung wurde vom Bundesrat ins Feld geführt, **man könne den Nachbarstaaten strengere Grenzkontrollen nicht zumuten!** Ein Stück weit verständlich, möchte doch der Bundesrat dem Schengen-Abkommen der EU beitreten, welches keine Grenzkontrollen mehr vorsieht – eine katastrophale Vision.

Was will die Initiative «gegen Asylmissbrauch»?

1. Mit griffigen Bestimmungen in Verfassung und Gesetz soll der Missbrauch im Asylwesen bekämpft werden. Dies geschieht durch Prävention und Sanktionen.
2. Als Folge dieser Massnahmen sollen die Kosten des Asylbereichs effektiv und nachhaltig gesenkt werden.
3. Die Initiative setzt dem Missbrauch im Bereich medizinischer und zahnärztlicher Versorgung von Asylbewerbern ein Ende. Die seinerzeitige Einführung der obligatorischen Krankenversicherung für Asylsuchende und die damit verbundene freie Arztwahl hatten mit zur Explosion der Gesundheitskosten beigetragen. Mit der Initiative werden die Kantone ermächtigt, jene Aerzte, Zahnärzte und Spitäler zu bestimmen, bei welchen sich Asylsuchende behandeln lassen können.
4. Die geltende Asylpraxis fördert

Erpressung abgewendet...

Mit grosser Genugtuung stellen die Schweizer Demokraten (SD) fest, dass sich das Schweizer Volk nicht erpressen lässt und die sogenannte «Solidaritätsstiftung» am 22. September 2002 deutlich abgelehnt hat. Auch dank der SD-Informationskampagne konnte somit verhindert werden, dass das Volksvermögen in alle Welt verteilt werden darf.

...jetzt Asylchaos abwehren!

Doch schon wartet eine neue, äusserst wichtige Aufgabe auf uns. Die Zahl unechter Asylbewerber sowie illegaler Einwanderer nimmt wieder markant zu. Noch viel schlimmer: Täglich dringen neue, Angst verbreitende Meldungen eskalierender Ausländer-Gewalttätigkeit in die Öffentlichkeit. So darf es nicht mehr weitergehen! Die SD unterstützen deshalb die Volksinitiative «gegen den Asyl-Missbrauch» tatkräftig. Wiederum stellen wir ein SD-Flugblatt, Klein- und Weltformatplakate kostenlos zur Verfügung (vgl. Talon auf Seite 16). Zudem müssen wir auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Wir sind dringend auf Zuwendungen angewiesen. Für Ihren Einsatz gegen das unerträgliche Asylchaos danken wir ganz herzlich.

Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Zentralsekretär, Bern

die illegale Einwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen über den Asylweg. Damit ist sie verantwortlich für die Anwesenheit zehntausender «Sans-papiers» und für die horrenden volkswirtschaftlichen Schäden, die durch Schwarzarbeit entstehen. Die Initiative will nicht nur im Asylbereich durchgreifen, sie setzt auch ein Zeichen gegen die illegale Zuwanderung.

5. Mit dem Anstieg der Asylgesuche hat auch der Anteil krimineller Ausländer zugenommen. Unter dem Deckmantel des Asylbegehrens werden von internationalen Drogensyndikaten gezielt Leute eingeschleust, die in unserem Land kriminelle Aktivitäten entfalten. Die mit der Asylinitiative zu erreichende Reduktion der Asylgesuche wird auch zu einer Verringerung der Kriminalität führen.

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Die Schweiz, das Paradies für Asylanten
- 3 Vom Auswanderer- zum Einwandererland
- 4 Doch, die Schweiz gibt es
- 5 Bush spielt mit dem Krieg
- 6 11. September 2001
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Der Leser hat das Wort

Stopp das Asylchaos

Fortsetzung von Seite 1

6. Die Initiative schränkt die Arbeitsmöglichkeiten für Asylsuchende ein. Das hat zur Folge, dass die Attraktivität der Schweiz als Asylland abnimmt.

7. Nachdem die umliegenden Staaten ihre Asylgesetzgebung laufend verschärfen, bringt die Initiative lediglich einige Massnahmen gegen Asylmissbrauch, wie sie in verschiedenen EU-Staaten längst gang und gäbe sind.

8. Diese Massnahmen gegen den

Missbrauch im Asylwesen wenden sich nicht gegen echte Flüchtlinge. Will unser Land seine humanitäre Tradition weiterführen, braucht es endlich klare gesetzliche Regeln gegen jeglichen Missbrauch. Nur so ist das Volk bereit, die humanitäre Politik mitzutragen.

Der Abstimmungskampf ist eröffnet

Am 25. September war am Radio zu hören, dass ausgerechnet die Schweizerische Flüchtlingshilfe ihren Kampf gegen die Initiative mit einer Plakatkampagne eröff-

nen will. Vermutlich befürchtet sie, dass sie nach einer Annahme der Initiative ihre lukrative Tätigkeit im Asylbereich einschränken müsste. Als nicht-gouvernementale Organisation (NGO) wird sie übrigens mit mehrstelligen gouvernementalen Millionen subventioniert. Also fliessen einmal mehr Steuergelder des Bundes auf Umwegen in einen Abstimmungskampf. Hoffentlich wird es noch einmal möglich, dass eine Volksinitiative angenommen wird, die diesen undemokratischen Propagandafeldzügen von Bund und Verwaltung ein Ende bereitet.

Die Schweizer Demokraten (SD) und die Initiative

Mit diesem Artikel wird auch gleich der Antrag zu Händen von SD-Geschäftsleitung und Zentralvorstand deponiert, es sei die JA-Parole zum Volksbegehren der Schweizerischen Volkspartei (SVP) zu beschliessen. Das mag ein Zeichen dafür sein, dass wir immer jene Vorlagen unterstützen, die dem Wohle von Volk und Heimat dienen – und dies auch dann, wenn das Problem von einem politischen Gegenspieler aufgegriffen und angegangen wird.

Die Schweiz, das Paradies für Asylanten



Rolf Boder,
Kantonsrat
ZH,
Winterthur

Am 24. November stimmen wir Schweizer über ein verschärftes Asylgesetz ab. Wir müssen mit aller Kraft und Energie versuchen, dass diese Asyl-Initiative vom Schweizer Volk angenommen wird.

Ich arbeite seit 16 Jahren bei der Flughafenpolizei und was ich tagtäglich im Asylbereich erlebe, grenzt schon fast an einen Skandal. An der Passkontrolle bei der Ausreise, stelle ich fest, wie die vor 4 Jahren eingereisten Asylanten, die jetzt im Besitze eines Flüchtlingspasses sind, wieder in ihr Herkunftsland in die Ferien reisen. Erschreckend ist auch, wie das «Rote Kreuz» und linke Rechtsberater mit aller Macht den gestrandeten helfen, unser Asylgesetz zu umgehen. Dies ist leider möglich, weil unser jetziges Asylgesetz in keiner

Art und Weise den Asylmissbrauch unterbindet und dies auf Kosten der Steuerzahler.

Während die umliegenden Staaten ihre Ausländer- und Asylgesetze verschärfen, plant der Bundesrat die Schaffung von neuen Aufenthaltskategorien für Personen aus dem Asylbereich mit Aufstiegsmöglichkeiten. Dies hätte für unser Land katastrophale Folgen, da wir schon jetzt in der ganzen Welt bekannt sind und angepriesen werden, als Selbstbedienungsladen im Gesundheitswesen.

Auch in der Kriminalität stehen unsere Asylanten an vorderster Stelle. Bei einer Anfrage, die ich dem Regierungsrat letzten Jahres gestellt habe, bestätigte er mir, dass in den letzten zwei Jahren unter allen festgenommen Drogenhändlern im Kanton Zürich 35 Prozent Asylanten waren, und dazu kommen noch 40 Prozent illegale Einwanderer. Diese Zahlen sollte eigentlich jedermann zu denken geben und sollten ganz klar zeigen, dass wir unbedingt ein strengeres Asylgesetz brauchen. Für das Gesundheitswesen bezahlen wir Millionen für die Asylanten und die Krankenkassen-Prämien werden

noch höher getrieben.

Es ist auch ganz deutlich festzustellen, dass die meisten Asylanten aus Ländern kommen, die nicht im Kriegszustand sind, sondern einfach unter Armut leiden. Solche Leute haben bei uns nichts verloren. Stellen sie sich vor, wir würden dies weiter dulden wie es der Bundesrat praktiziert, so würde die Einwanderungsflut kein Ende nehmen.

Sehr grosse Probleme bei Ausschaffungen bereiten Asylanten aus dem afrikanischen Kontinent, da viele Länder von Afrika sehr schlechte staatliche Strukturen besitzen. Genau aus solchen Staaten gelten diese Asylanten bei uns als potenziell kriminell und es ist sehr schwer für solche Papiere zu beschaffen. Dabei wäre es einfach, diesen Ländern die Entwicklungsgeldern zu streichen, dann wären diese Länder sofort bereit ihr Leute zurückzunehmen.

Wichtige Gründe für ein Klares Ja gegen den Asylmissbrauch

Viel weniger Ausländerkriminalität in unserem Land. Weniger illegale Zuwanderung. Senkung der

Krankenkassenprämien, die vorwiegend durch die obligatorische Krankenversicherung für Asylsuchende verursacht werden und Senkung der immensen Kosten im Asylwesen. Grosse Wichtigkeit ist die Drittstaatenregelung, das heisst, wenn Asylsuchende über Drittstaaten, in denen sie bereits ein Gesuch gestellt haben oder hätten stellen können, in die Schweiz kommen, so wird auf ihr Gesuch nicht mehr eingetreten. Dies würde für die Schweiz 90 Prozent ausmachen.

Die Schweizer Demokraten haben sich als Ziel gesetzt, 500'000 Flugblätter zu verteilen, damit endlich dem Asylmissbrauch ein Ende gesetzt werden kann. Helfen Sie uns mit, den Kampf für eine lebenswerte Schweiz zu führen. Herzlichen Dank.

Das will die Asylinitiative

- eine Angleichung der schweizerischen Leistungen für Asylsuchende an die Leistungen unserer Nachbarländer
- die Senkung der Attraktivität der Schweiz für Asylsuchende
- weniger Asylverfahren
- besseren Schutz vor illegaler Einwanderung
- die Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Ahndung von Asylrechtsmissbrauch
- den Schutz vor missbräuchlicher Ausreise unseres medizinischen Versorgungssystems
- sinkende Kosten im Asylbereich

Nach der eidg. Abstimmung vom 22. September

Kein Ausverkauf der Goldreserven!

Die Abstimmung hat deutlich gezeigt, dass das Schweizer Volk seine Goldreserven behalten will. Bundesrat, Parlament und Parteien, die im Abstimmungskampf versprochen haben, für den Erhalt des Goldvermögens einzustehen, sind nun beim Wort zu nehmen. Sie müssen dafür sorgen, dass der weitere Verkauf der Goldreserven durch die Nationalbank unverzüglich gestoppt wird. Das Versprechen im Bundesbüchlein, das «Goldvermögen» zu erhalten, war unehrlich und falsch. Tatsächlich hat die Nationalbank bis Juni 2002 bereits 500 Tonnen unserer Gold-

reserven zu Tiefpreisen verschertelt und dafür Obligationen in verschiedenen Währungen gekauft. Obligationen als «Goldvermögen» zu bezeichnen, ist eine Irreführung des Stimmbürgers. Die Nationalbank will jedoch ungeachtet des Volksentscheides noch weitere 800 Tonnen verkaufen, falls nichts dagegen unternommen wird.

Der Entscheid, dass angeblich genau 50% unserer 2600 Tonnen Goldreserven «überflüssig» seien, wurde 1996 in einer Zeit wirtschaftlichen Booms gefällt und bedarf angesichts der heutigen wirtschaftlichen und weltpolitischen

Lage einer dringenden Neuüberprüfung. Angesichts des dauernden Wertzerfalls von Dollar und Euro stellt sich die Frage, ob es nicht sicherer wäre, Dollar- und Euro-Devisenreserven teilweise abzubauen und dafür die Goldreserven zu erhöhen, wie es die japanische Nationalbank zurzeit macht, um frühere Fehler zu korrigieren. Für renommierte internationale Experten wie den Vorsitzenden der amerikanischen Notenbank Alan Greenspan ist Gold nach wie vor zeitgemäss. Die Golddeckung ist gemäss ihm Garant der Freiheit und Schutz vor staatlicher Willkür.

Der Sparer sei vor der Enteignung seiner Ersparnisse durch die Inflation nur unter einem Goldstandard geschützt. Der langjährige Präsident der Schweizerischen Nationalbank Fritz Leutwiler bezeichnete den Goldstandard als das beste Geldsystem, das die Welt je gekannt habe.

P. Aebersold, Zürich

Vom Auswanderer- zum Einwandererland



Robert Berner,
Rheinfelden

Bern war einmal *europäische Macht*. Vor der anstürmenden französischen Revolution und innerlich uneins, ging der stolze Staat 1798 schmählich unter. Seither hat Bern mehrmals Federn lassen müssen. War das eine Zeit, als deren Jungmannschaft mit Trommeln und Pfeifen gen Mailand zog und auch Domodossola einnahm: Letzterem ist die Berechtigung nicht abzuspochen, siedelten doch auch südseitig der Alpen bernische Bauern, wie es Rolf Marti (in Eckartschrift Nr.154, Wien, 2000) schildert. Die Zähringer, u.a. Gründer von Bern, schlugen sich 1211 bei Ulrichen um den Besitz des Bomatt (heute Val Formazza, im obern Teil deutschsprachig). 1411 eroberten sie zum zweitenmal das Eschental (Val Antigorio). Bern war wegen seines Erbrechts ein *Auswandererland*. Im Wallis zerstückelte man bei jedem Erbgang die Grundstücke. In Bern erhielt der jüngste Sohn den ungeteilten Hof. Seine Geschwister mussten notgedrungen abwandern. So sind denn nach Martis Nachforschungen die meisten deutschsprachigen Siedler in den heute italienischen Südtälern bernischen Ursprungs und nicht Walser. Wie wir sehen werden, erwartete diese Aussiedler oft ein schweres Los. Italien romanisierte zwangsweise Namen, deutschsprachige Pfarrer wurden

verboten. *Nie* hat sich die Schweiz für sie verwendet. Unser Radio und Fernsehen können sie nicht empfangen. EU-Vorschriften und Gleichschaltung der Berglandwirtschaft bringen ihnen «Verderben und Entvölkerung». «Die Grosszügigkeit gegenüber den Welschen und die primitive Ausnützung ihrer Religiosität durch die katholische Kirche hatten die *völlige Verwelschung* zur Folge» (Marti)

Kein Weg nach Süden

Zur Zeit des alten Römerreichs drängten die Germanen südwärts zum Rhein. Die Helvetier sahen sich gezwungen, eine neue Heimat zu suchen. Lange vorbereitet, fand ihr Auszug im Frühling 58 v.Chr. statt. Nach zwar unentschiedener Schlacht bei Bibracte mussten sie mit ihren Ochsenkarren zu ihren verbrannten Heimstätten zurückkehren, für die Römer fortan als Bollwerk gegen die Germanen. Diese kamen dann doch, trotz des Limes, den Wachttürmen am Rhein. Seitdem sind wir ein Mischvolk aus Helvetiern und Alemanen. Auch wir seien eigentlich Einwanderer und müssten daher neue Einwanderer aufnehmen, meinen junge Schweizer und sozialistische Gutmenschen. Sie übersehen, dass unser Land – viel mehr als alle unsere Nachbarn – hoffnungslos überbevölkert und überbaut ist.

Zwang zur Auswanderung

«Die Kargheit des Landes zwang schon zur Gründungszeit (also seit 1291, R.B.) zum Handel, zur Tätigkeit ausserhalb der engen Gemarkungen, ja zu saisonalen Wanderungen, zum Reiselauf, zur Auswanderung» (Hauser, Was für ein

Leben, NZZ-Verlag 1990). Nur wenigen Schweizern brachte die Auswanderung Glück. Man riet «Bleib im Land und nähr dich redlich». Viele erlitten Schiffbruch, verloren den gesamten Einsatz, kamen an den Bettelstab (General Sutter, alle Russlandschweizer). Von manchen verloren sich die Spuren. Von der Wahlheimat aufgesogen, von der Schweiz im Stich gelassen, gibt es keinen «reichen Onkel» mehr in Amerika.

Verstreut über den Erdkreis leben Schweizer und deren Nachkommen, oft mehr schlecht als recht. Davon zeugen viele Dokumente. So über jene Glarner, die nach Aufhebung der Negersklaverei in Brasilien *selbst verklärt* wurden (Eveline Hasler, in «Bicaba, Das Paradies in den Köpfen», Ex Libris 1987); auch Schweizer Auswanderer in Argentinien, 1938 mit Bundeshilfe abgeschoben (deren Vorläufer schon 1910 und 1920 nach Misiones) seien heute «weder Schweizer noch Argentinier» (Basler Magazin vom 21. März 1998). Ihnen war verboten worden, in Städten zu bleiben. Sie mussten die «Tierra Nacional» sozusagen *als Wehrdörfer* besetzen und bebauen. Der genannte Artikel berichtet über die Wohnverhältnisse. Sie hausten in «karger Bretterbude». Der zuständige Schweizer Konsul: er mache sich Sorgen um seine Landsleute. «Die Auswanderer von damals sind alt geworden. Wenn die Schweizer Regierung die AHV für Auslandschweizer abschafft, ist das eine Katastrophe für die Menschen hier». Aber ändern wird kaum etwas. Schweizer Auswanderer haben keine Lobby wie die Einwanderer in unser Land. Schweizer gelten als reich, Einwanderer als mittellos. Andererseits wird herumgeboten, die Ausländer würden uns Schweizern die AHV zahlen. Dementsprechend selbstbewusst treten sie gegenüber uns Schweizern auf.

Wer ist nun Rassist?

Über ein Siedlerdorf in Peru berichtete die Weltwoche am 5. Januar 1989. Der marxistische «Sendero luminoso», der leuchtende Pfad – er beruft sich auf Marx, Lenin und Mao – überfiel (laut Weltwoche) ein deutschsprachiges Dorf. Dieses war 1857 von 309 Tirolern gegründet worden. «Reihum überfallen die Sendieristen die Gutsbesitzer... das zerlumpte Fussvolk klaut zusammen, was es zu klauen gibt. Später kehrt die Bande zurück, verlangt Unterstützung für Kleider und Medikamente. Wer sich bei der Polizei beschwert, wird erschossen.» Ähnlich läuft die Vertreibung weisser Farmer in Afrika ab. In Rhodesien/Simbabwe wurde den verbliebenen weissen Farmern eben verbo-

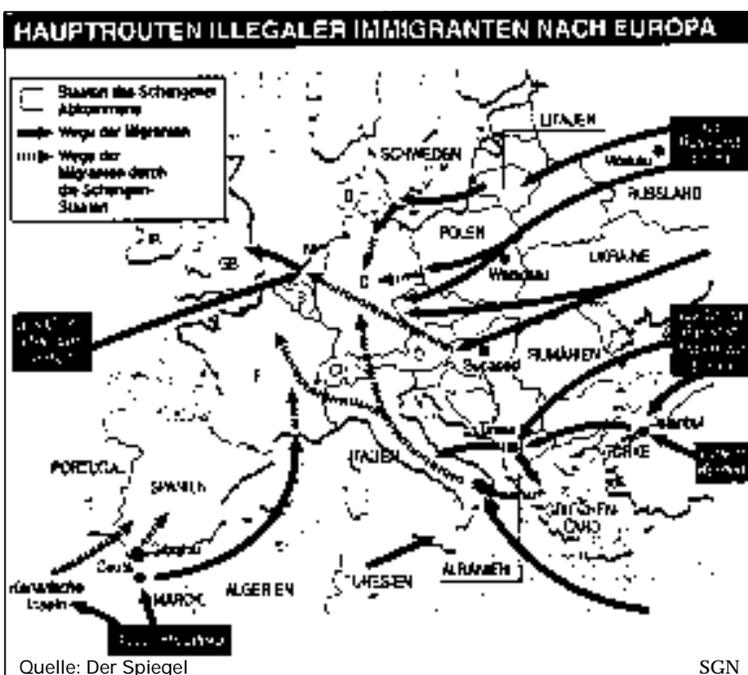
ten, ihre Felder anzubauen. Der Hungertod ist damit programmiert und wird in Kauf genommen. Dabei haben weisse Farmer Pionierarbeit geleistet. Alfred A. Häsler beschreibt, wie August Künzler aus Kesswil 1929 nach Afrika übersiedelt, schliesslich eine Pflanzung von tausend Hektaren anlegt, eine Mühle baut und während des Zweiten Weltkrieges sogar die Schweiz mit Agrarprodukten beliefert. Künzlers Vorgänger – ein Bure – war von einem Masai mit dem Speer ermordet worden. Heute, so schreibt Häsler, hätten an Stelle der Weissen die Schwarzen alles in Besitz genommen («Der Weizenkönig von Tanganjik», EX LIBRIS 1984). Die Produktion auf den einst ertragreichen Farmen gehe zurück. Wachsende Bürokratie (der Schwarzafrikaner) und die Macht der Gewerkschaften hindern jegliche Entwicklung. Nur Entwicklungshilfe entwickelt sich.

Schwarzafrikaner nach Europa

Nach Wellen von Türken, Jugos, Tamilen haben nun *auch Schwarze* das «Paradies Schweiz» entdeckt. Es ist nicht das «Paradies in den Köpfen», wie einst bei den Glarnern. In meiner Jugendzeit sah man Schwarze nur auf Bildern. Längst ist die Schweiz «farbiger» geworden. Hochanständige kamen und auch Zwielfichtige. Im Schlepp aller Einwanderer erwachsen uns Drogenhandel, Kriminalität, Frauenhandel, Rechtsunsicherheit. Nicht verstanden wird vom Volk die milde Beurteilung von Straftaten. Bedingte Landesverweisung ist überhaupt keine Strafe, seitdem Gefängnisaufenthalte noch bezahlt werden. So wundert es nicht, wenn in lauen Sommernächten auch bei völlig unpolitischen Partybesuchern das *Thema «Ausländer»* zur Sprache kommt. Bundesräten müssen die Ohren läuten. Jeder weiss von Ausländern, welche die Invalidenversicherung schröpfen, aber mit Mercedes herumkutschieren und Eigentumswohnungen bar kaufen können. Diese Einwanderer zahlen auch nicht unsere AHV, wir aber deren aufwändiges Leben. Uns gegenüber sind die Steuervögte ohne jegliches Erbarmen.

Bei der Ausländerfrage geht es nicht um einzelne Menschen, sondern um deren Überzahl. Diese ist bei nun über 20 Prozent im Landesmittel und 50 Prozent in Ballungszentren ganz entschieden überschritten.

**Volksabstimmung, vom 24. November 2002:
– JA zur Asyl-Initiative**



Das Märchen von der reichen Schweiz

Viele Hilfsorganisationen und gewisse Politiker wollen mit beachtlicher Propaganda dem Schweizer Volk einhämmern, es sei das reichste Volk der Welt. Betrachtet man jedoch die Tatsachen realistisch, sieht die Sache wesentlich anders aus. 72% Mieter, mindestens 280'000 unter dem Existenzminimum vegetierende Landsleute, die höchstens Mietzinse und Bodenpreise der Welt beweisen, dass es mit diesem Reichtum nicht allzu weither sein kann. Vor allem junge Ehepaare befinden sich fest im Würgegriff der Spekulanten. Wer sich in der vermeintlich glücklichen Lage befindet, ein Eigenheim oder gar ein Haus zu besitzen, dem wird durch Eigenmietwert-Steuer und bürokratische Arroganz das Leben vergällt. Dass unsere Pflich-

ten immer mehr zunehmen, die Rechte jedoch ständig vermindert werden, dafür sorgt eine Nomenklatura. Vor Ausländern («Sanspapiers») wird von unseren Behörden der Katzenbuckel gemacht, nach unten umso mehr getreten. Nach der Entwicklungshilfe-Industrie wurde eine regelrechte Asylanter-Industrie geschaffen, mit einem Heer von zusätzlichen Beamten, dies alles auf dem Buckel des Steuerzahlers. Die Folgen dieser bürokratischen Aasgeierpolitik sind immer mehr und höhere Steuern, Unfreiheit und Willkür und trotz harter Arbeit ein allgemeines Absinken von Wohlstand und Lebensqualität.

Peter Bühler,
SD-Stadtrat, Bern-Bümpliz

Buchbesprechung

Doch, die Schweiz gibt es!

(im.) «La Suisse n'existe pas» – mit diesem provokativen Slogan machte der Schweizer Pavillon an der Weltausstellung von Sevilla auf sich aufmerksam. Er löste hier zu Lande heisse Diskussionen und Proteste aus. Viele registrierten erschüttert, dass in den vergangenen Jahrzehnten entscheidende Pfeiler der überlieferten Identität dieses Landes zusammengebrochen waren. Der Leiter der VBG-Abteilung «Berufe», Beat Christen, hat die Sache nachhaltig beschäftigt. Er hat die Initiative ergriffen und Menschen aus verschiedensten Berufs- und Fachrichtungen gebeten, über die geschichtlichen, religiösen und kulturellen Wurzeln einen Beitrag zu verfassen.

Daraus ist das 155-seitige Buch «La Suisse existe» geworden. 22 Autorinnen und Autoren, darunter drei aus der Westschweiz, beschreiben im schön gestalteten Band Aspekte der 710-jährigen Geschichte der Schweiz. Sie schildern Persönlichkeiten, Entwicklungen aus der Kirchen- und Erwegungsgeschichte, machen philosophische Überlegungen und präsentieren Visionen und Vorschläge zur Gestaltung der Gegenwart. Die Autorinnen und Autoren weisen sich über fundierte Kenntnisse in ihrem Spezialgebiet aus. Ein Beispiel: Das Kapitel über Henri Dunant wurde von dessen Urneffen, Jean Henri Dunant, Nationalrat und Chirurg aus Basel, geschrieben. Das Kapitel «Warum die Schweiz eine Vision braucht» wurde vom Juristen und Unternehmer Hans Ulrich Pestalozzi verfasst. «La Suisse existe» fordert auf, eine Vision für die zukünftige Identität der Schweiz zu ent-

wickeln. Als Beispiel dafür wird die «Vision CH 200X – Erklärung von Moscia» präsentiert, die von einem interdisziplinären Team 2000 in einer Klausur im Ferienzentrum Casa Moscia der VBG im Tessin entwickelt und dem Parlament in Form einer Petition vorgelegt wurde. Diese formuliert in sieben Thesen – basierend auf dem christlich-abendländischen Weltbild – Vorschläge zur Gestaltung der religiösen, kulturellen und politischen Lebensbereiche. In seinem Nachwort schreibt Christen: «Wenn wir die Geschichte der Schweiz vor Augen haben und die Besonderheit ihrer Identität verstehen, könnten wir die Schweiz geradezu als «Labor für Europa» bezeichnen.»

Beat Christen. *La Suisse existe / Die Schweiz existiert. 2001, 155 Seiten, geb., Fr. 19.50. Vertrieb: Jordi AG, Belp. Tel. 031 818 30 32; Fax 031 818 30 39. E-Mail svkk@jordibelp.ch*



«La Suisse existe» an Parlamentarier verteilt

Beat Christen, der seit Jahren im Bundeshaus für das Parlament betet, hat sein soeben erschienen Buch «La Suisse existe» an die Parlamentarier verteilt. Dies zum Auftakt der Herbstsession. In dem Buch geht es vor allem um Vision und Identität der Schweiz im Hinblick auf die christlich geprägte Geschichte. 22 Autoren aus diversen beruflichen Schichten haben sich dazu Gedanken gemacht.

Perverser Kapitalismus

Im Grunde meines Herzens bin ich kein Antikapitalist! Aber die Wut ist in mir aufgestiegen. Da verkündet der offenbar nur englisch sprechende Boss der Zürich-Versicherungen, dass 4500 Stellen abgebaut werden müssen. Viele Leute verlieren also ihre Arbeitsstelle. Derweil hat diese Ankündigung an der Börse die perverse Folge, dass der Kurswert der Zürich-Aktien stark ansteigt. Und gleichzeitig sinken die Aktienwerte der anderen grossen Versicherer unseres Landes. Ist das für diese andern Firmen wohl die stille Aufforderung, es der Zürich gleich zu tun? Die «Hüppi», welche dieses unmoralische Arbeitsgebaren eigentlich zu ver-

antworten hätten, machten sich rechtzeitig mit einer grossen Abfindung aus dem Staub. Zurück bleiben bei der Zürich – ganz nach Swissair-Muster – die «Angestellten-Leichen», von denen wohl einige arbeitslos werden. Und wir Steuerzahler dürfen dann obendrein noch die Folgen dieser «Hüppi-Manager-Politik» bezahlen. Zur Ehrenrettung will ich noch beifügen: Zum Glück haben nicht alle Manager grossen Firmen alles mitgemacht in den letzten Jahren, sonst sähen unsere Zukunftsaussichten noch viel düsterer aus, als sie es ohnehin schon sind.

Rudolf Keller, e. Nationalrat,
Frenkendorf

Den Einwanderungsfreudigen ins Stammbuch

Hausrecht

Tritt ein zu dieser Schwelle!
Willkommen hier zu Land!
Leg' ab den Mantel, stelle
den Stab an diese Wand!

Sitz' oben an zu Tische!
Die Ehre ziemt dem Gast.
Was ich vermag, erfrische
dich nach des Tages Last!

Wenn ungerechte Rache
dich aus der Heimat trieb,
Nimm unter meinem Dache
als teurer Freund vorlieb!

Nur Eins ist, was ich bitte:
Lass du mir ungeschwächt
der Väter fromme Sitte,
des Hauses heilig Recht!

Ludwig Uhland, 1787–1862

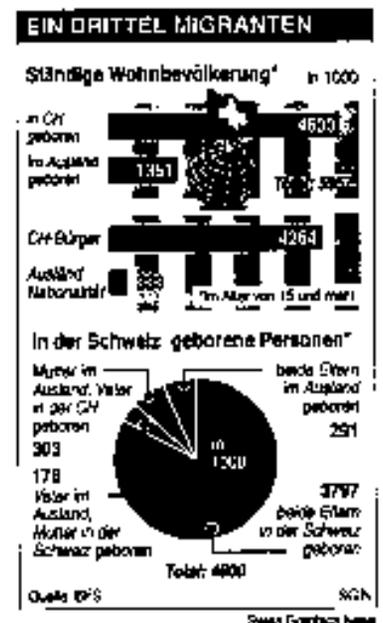
(aus einem 1841 in Baden, bei der Joseph Zehnder'schen Buchdruckerei erschienenen Band. Erstleser und Besitzer des über 200 Seiten starken Werkes: Carl Schröter, 1826–1886, Stadtpfarrer und Historiker, Rheinfelden)

So weit haben wir es gebracht

Ein Drittel Migranten oder Nachkommen von Migranten

(sda) Die Schweiz ist ein Einwanderungsland: Letztes Jahr lebten in der Schweiz 2,4 Millionen Migranten oder Nachkommen von Migranten. Das entspricht einem Drittel der Wohnbevölkerung, wie aus einer Studie des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervorgeht. 2,1 Millionen Migranten oder direkte Nachkommen von Migranten sind über 15 Jahre alt. Zwei Drittel von ihnen sind selber eingewandert, während ein Drittel hier geboren wurde. Dazu kommen knapp 300'000 Kinder unter 15 Jahren. Von diesen kamen aber nur rund 85'000 im Ausland zur Welt. Neun von zehn Migranten wanderten als Ausländer in die Schweiz ein. Drei Viertel von ihnen besitzen als Angehörige der ersten Ausländergeneration auch heute noch ausschliesslich einen ausländischen Pass. Einer von vier Ausländern gehört zur zweiten oder dritten Generation. Nach Schätzungen des BFS würden heute rund 738'000 Ausländerinnen und Ausländer die Voraus-

setzungen zur Einbürgerung erfüllen. Mit der zur Zeit vor dem Parlament liegenden Bürgerrechtsrevision wird sich diese Zahl erhöhen.



Bush spielt mit dem Krieg!



*Peter Bühler,
Stadtrat Bern/
SD-Kantonal-
präsident,
Mitglied der
Kennedy-
Gesellschaft*

Als am 11. September 2001 das erste Flugzeug in den linken Turm des World Trade Center in New York krachte und explodierte, glaubten viele an einen schrecklichen Unfall. Kurze Zeit später, nachdem ein zweite Maschine in den rechten Turm donnerte, hatten die USA die Gewissheit, dass es sich um Terroranschläge handelte. Spätestens als eine dritte Maschine, die das militärische Nervenzentrum der USA, das Pentagon, traf und eine vierte angeblich von den Passagieren selbst zum Absturz gebracht worden war, wusste auch der Letzte was geschehen war und was es bedeutete. Nach dem ersten Schrecken überrollte eine grosse Ohnmacht und Angst Amerika. Aber über das Warum, Wer und Wie wurde wenig nachgefragt,

denn einmal mehr hatten die Regierung und die Geheimdienste die Antworten schon bereit! Auch in diesem Falle wurden leider wieder einmal die falschen Fragen an die falschen Leute gestellt und so allen Betroffenen und Interessierten die Möglichkeit genommen, das Ganze zu verstehen. Im Gegenteil, in einigen TV-Dokumentationen wurde sogar versucht, die Feuerwehrleute als Schuldige hinzustellen, weil sie leider von einem Unfall und nicht von einem Terrorakt ausgingen und mit den Sicherheitsleuten des bis dahin unbeschädigten zweiten Turms glaubten, es sei besser die Leute zu bitten in ihren Büros zu bleiben und Ruhe zu bewahren, als in Panik aus dem Gebäude zu rennen und den Rettungsteams bei ihrer Arbeit im ersten Turm im Wege zu stehen. Im nachhinein sind wir immer alle klüger!

Krisensituation verkannt

Schauen wir uns doch einige Beispiele an und werfen wir einmal einen Blick auf die wichtigsten Leute der US-Regierung, wo sie waren und auf ihre Reaktionen. Da ist zuerst einmal der Präsident der USA,

George W. Bush jr., der an diesem Morgen eine Grundschule in Texas besuchte. Bevor er das Klassenzimmer betrat, überbrachte ihm ein Berater die Meldung, dass ein Flugzeug in das WTC geflogen sei. Meinte er nur: «Schlimm? Sagen Sie mir später genaueres! Ich werde erwartet!» Lächelnd betrat er das Klassenzimmer. Als eine weitere Maschine den zweiten Turm traf und diese Nachricht dem Präsidenten vor laufenden Kameras zugeflüstert wurde, konnte man beobachten, wie der Präsident die Meldung aufnahm. Doch er zog es vor, weiterhin bei der Klasse zu verweilen. Spätestens nach dieser Meldung hätte der Präsident die Schule verlassen und einen Situationsbericht verlangen müssen. Ein weiterer Schritt wäre gewesen, sich mit den Stabschefs oder ihren Stellvertretern verbinden zu lassen und wenn es die Situation verlangen würde, die Stabschefs oder ihre Stellvertreter an einem sicheren Ort zu treffen. Des Weiteren hätten die Streitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt werden müssen. Da zu diesem Zeitpunkt zu Recht mit weiteren Anschlägen gerechnet werden musste. Aber nichts geschah! Erst nachdem der dritte Anschlag verübt worden war, reagierte Bush mit einer «wässrigen» ersten Stellungnahme vor der Presse. Doch wer glaubte, die Luftwaffe hätte nun endlich einen Einsatzbefehl bekommen, da zu diesem Zeitpunkt noch einige unidentifizierte verdächtige Maschinen in der Luft waren, irrt sich gewaltig.

In so einer Situation konnte man erwarten, dass der Generalstabschef und die anderen Stabschefs die Verbindung zum Präsidenten, Verteidigungsminister und untereinander von sich aus aufnehmen. Es gibt genau vorgeschriebene Richtlinien in einer solchen Krisensituation!

Aber nichts schien zu klappen, wie es vorgesehen war. Einige der Stabschefs weilten im Ausland, andere genossen ihren freien Tag und die auf ihrem Posten waren, reagierten gar nicht oder falsch. Es sind nur zwei Fälle von Leuten bekannt, die versuchten, nach den Vorschriften vorzugehen, aber sie wurden weder mit dem Präsidenten noch mit dem Verteidigungsminister verbunden.

Ziemlich genau ein knappes Dutzend der wichtigsten Minister waren im Ausland und ihre Vertretungen waren mit den Geschehnissen überfordert. Der Verteidigungsminister z.B. scheute sich nicht, weil er angeblich helfen wollte, den Rettungsmannschaften bei ihrer Arbeit im Wege zu stehen. Seine Leute berichteten später, sie hätten gut 30 Minuten gebraucht, um ihren Chef von der Absturzstelle wegzubringen, da er ihnen wie ein «kopfloses Huhn» immer wieder

zur Unfallstelle rannte! Doch auch wichtige Mitglieder des Repräsentantenhauses und des Senats waren nicht da, oder angeblich nicht erreichbar.

Geheimdienste bleiben passiv

Und bei den Geheimdiensten? Genau die gleiche Situation. Die Führungsleute des CIA waren mit Seminaren, Sitzungen und Ferien beschäftigt. Dasselbe beim NSA. Verschiedene Führungsleute des CIA und des NSA trafen erst am Abend in Washington D.C. ein, obwohl sie nur ein bis zwei Autostunden von der Hauptstadt entfernt waren. Einzig beim FBI war der Chef sofort erreichbar, der aber, aus welchen Gründen auch immer, nicht reagierte, wie es für einen solchen Fall nötig und vorgesehen gewesen wäre. Zum Beispiel wurden an den meisten Flughäfen erst gegen Abend oder am nächsten Morgen Personenkontrollen durchgeführt. Auch wurde erst am nächsten Morgen intern beim FBI abgeklärt, ob irgendwelche Hinweise über die Anschläge eingegangen seien usw. Und dies alles, obwohl, wie eine Untersuchung des Kongresses ergab, das NSA, CIA und FBI seit mehr als vier Wochen vor den Anschlägen genau wussten, wo, wann und was am 11. September 2001 geschehen würde! Keine dieser Geheimdienstorganisationen fand es nötig, zusammen oder einzeln aktiv zu werden, obwohl die meisten Führungsleute ab dem ersten Anschlag wussten, was da geschah! Dies erinnert mich stark an das Attentat auf Präsident Kennedy in Dallas. Die Geheimdienste und ihre Verbündeten wussten genau, was wann und wo geschehen würde und reagierten auch nicht. Wieso auch, wenn man sicher sein konnte, dass danach niemand, der in diesen ungeheuerlichen «Staatsstreich» verstrickt war, seine Tat zu verantworten hatte?!

Wurde vierte Maschine abgeschossen?

Und der Secret Service? Die Schutztruppe, die nebst dem Präsidenten und seiner Familie unter anderem auch seinen Vize und das Weisse Haus schützen sollte, und wenn nötig mit militärischer Unterstützung, gab nur internen Alarm, als die dritte Maschine den Luftsicherheitsraum der amerikanischen Hauptstadt verletzte. Nicht, wie es in einem solchen Fall nötig und vorgesehen gewesen wäre, an die Luftwaffe und die Luftabwehr, die den Amts- und Wohnsitz des Präsidenten hätte schützen müssen. Wie oben schon erwähnt, reagierten auch die Streitkräfte zum Zeitpunkt der Anschläge

Fortsetzung Seite 6

Brückenschlag zwischen Vergangenheit und Zukunft

Europas Eidgenossen

Alfred M. Zumbunn: Ein Buch über und gegen die Identitätskrise der Schweiz

Über Jahre hat sich der Autor mit der Geschichte befasst, die Europäische Union studiert und die Erkenntnisse nun zu einem Buch zusammengefasst, das eine neue Generation von Eidgenossen dazu anregt, in der Staatsidee Schweiz den Konsens zu finden.

Die geschichtlichen Ursprünge und Zusammenhänge der Staatsidee Schweiz werden klar und kompakt dargelegt. Der Autor zögert nicht aufzuzeigen, wo die Staats-

idee Schweiz verraten wurde. Auch Chancen und Visionen kommen nicht zu kurz. Der Leser entdeckt die Eidgenössische Gesinnung als Rezept für die Zukunft.

Ein Argumentarium für die kommenden Diskussionen.

Benutzen Sie diese Gelegenheit auch für Geschenke! Gewinnen Sie die Besenknuten für die Staatsidee Schweiz!

Bestelltalon

Ich bestelle Exemplar(e) **Europas Eidgenossen** zum Preis von Fr. 28.- (zuzügl. Porto und Verpackung)

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

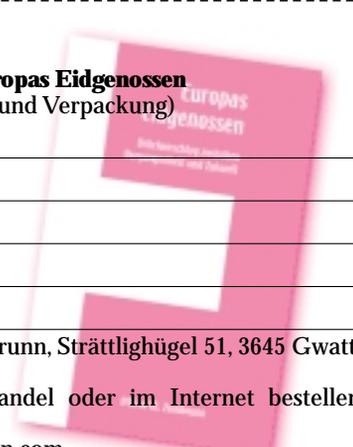
Bitte einsenden an: Alfred M. Zumbunn, Strättlihgügel 51, 3645 Gwatt

Oder per Fax an: 033 556 91 01

Sie können auch über den Buchhandel oder im Internet bestellen:

<http://www.europas-eidgenossen.ch/>

Oder per E-Post an: alfred@zumbunn.com



Bush spielt mit dem Krieg*Fortsetzung von Seite 5*

nicht, wie es von ihnen in einer solchen Situation hätte erwartet werden dürfen und müssen. Dass bei den Anschlägen auf das WTC z.B. die militärische Luftüberwachung und Luftwaffe nicht reagierte, kann man irgendwie, wenn auch schwer, nachvollziehen. Jedoch, als der Luftraum von Washington D.C. verletzt wurde, hätte der Leiter des nächstliegenden Stützpunktes selbständig reagieren müssen, dadurch hätte eine Abwehrstaffel zum Schutz des Weissen Hauses hätte losgeschickt werden müssen, die zusammen mit der Bodenkontrolle die Maschine angefunkelt, eine Identifizierung und eine Kurskorrektur verlangt hätte. Besonders in einem Fall wie diesem, indem klar gegen die Sicherheitsrichtlinien verstossen wurde, hätte die Airforce die Maschine zur Landung zwingen und bei Gegenwehr oder Missachtung der Weisung abschliessen müssen. Nichts dergleichen geschah. Es gibt bis jetzt nur eine noch unbestätigte Meldung eines Stützpunktleiters, der von den Anschlägen erfuhr und, als die vierte Maschine in seinen Bereich kam, nach mehreren Funkversuchen ihren Abschuss befahl! (Der Name des Stützpunktleiters sowie der des Stützpunktes sind dem Autor bekannt!) Interessant an dieser Geschichte ist, dass ein Verfahren gegen mehrere Beteiligte eingeleitet wurde. Aber bis zum heutigen Tag erwähnten nur gerade zwei US-Zeitungen dies mit einer Kurznotiz!

Doch nach den Terroranschlägen wurden die Bush-Regierung und die Medien aktiv. Sehr schnell wurde der Welt erklärt, dass die «Täter» Araber, respektive Islamische Gläubige seien und der El Kaida-Führer Osama Bin Laden hinter diesen Anschlägen stecke, der sich in Afghanistan aufhalte! Bush rief die Welt zum «Kampf gegen den Terror» auf und erklärte gleichzeitig, «wer uns nicht unterstützt, ist gegen die Vereinigten Staaten». Die Medien machten das Spiel mit, ohne dass irgend eine Behauptung Bushs in Frage gestellt wurde oder Beweise verlangt wurden.

Afghanistan als Sündenbock?

In Afghanistan kam es unterdessen zum Krieg gegen die Talibanregierung, und die Jagd auf Bin Laden und seine El Kaida begann. Während die Nordallianz von den USA aufgerüstet wurde, gingen die verschiedenen Stämme, die grösstenteils ebenfalls gegen das Talibanregime waren, in den Bergen leer aus. Nicht wenige dieser Stämme wurden von der Nordallianz und den USA ebenfalls bekämpft, während nicht wenigen der Taliban die Flucht nach Pakistan gelang. Doch die Bush-Regierung konnte sich als die Befreierin in Afghanistan feiern. Doch die Zahl der

Opfer unter der Zivilbevölkerung war grösser, als jene unter dem Talibanregime. Und der angeblich meistgesuchte Mann der Welt, Osama Bin Laden? Der hatte, während die US-Streitkräfte in Afghanistan kämpften, mehrmals mit seinem Satellitentelefon weltweit Verbindung mit den verschiedensten Leuten aufgenommen, und wie der NSA später zugeben muss-



te, wussten die Abhörprofis jeweils genau den Standort des Anführers der Al Kaida, doch wurden nie die richtigen Koordinaten an die Truppen weitergegeben. Wie konnte dies mit der heutigen Technik geschehen? Absicht, denn die Geheimdienste lassen einen solchen Zögling nur selten fallen!

Auch der britische Geheimdienst war auf dem Laufenden und bot den Amerikanern mehrmals an, mit einer Sondereinheit des SAS Bin Laden in seinem Schlupfwinkel aufzuspüren und zu eliminieren. Doch Bush und Co. lehnten dieses Angebot dankend ab. Jedoch wurde Bin Laden bis heute nicht geschnappt.

Es gibt Gerüchte, die besagen, dass er tot sei, aber andere Quellen behaupten, dass er mit Hilfe des CIA flüchten und sich verstecken konnte. Denn sicher ist, dass Bin Laden von den US-Geheimdiensten ausgebildet und gefördert wurde, und auch beim Aufbau der El Kaida hatten sie ihre Finger im Spiel.

Es gibt auch Gerüchte, besonders im arabischen Raum, die behaupten, der CIA und der Mosat seien in die Anschläge verwickelt, und die El Kaida sei nur vorgeschoben worden. Leider wurden diese Spuren von den Medien zuwenig oder gar nicht weiterverfolgt und die Antworten darauf bleiben offen. Aber früher oder später wissen wir mehr! Sicher ist, dass die US-Waffenindustrie von Bush, dessen Kandidatur sie etliche Millionen Dollar kostete, nun ihren Tribut fordert, und der kann nur mit militärischen Einsätzen bezahlt werden. Das amerikanische Volk war von den «Kriegsspielen» in Afghanistan wenig begeistert, da irgend etwas bei der ganzen Sache «einen schlechten Beigeschmack» hatte. Trotzdem

wurde der Präsident nicht im Regen stehen gelassen.

Krieg gegen den Irak

Doch dann wurde behauptet, auch der Irak sei in die Anschläge verwickelt, und als sich von den verschiedensten Seiten unbequeme Fragen aufdrängten und ein gewisser Widerstand sich zu formieren

begann, erklärte Bush, es bestehe die Gefahr, dass der Irak die USA mit Atom-, biologischen oder chemischen Waffen angreifen könne, es gebe verschiedene Beweise, die dies untermauern.

Doch auch in diesem Falle ist er bis heute der Welt diese Beweise schuldig geblieben. Wochen später wurde behauptet, dass im Irak wieder neue Waffenfabriken gebaut worden seien und die UN-Inspektoren dies nicht verhindern könnten, da der Irak ihnen die Einreise verweigere. Aber statt zu verhandeln, drohten die USA mit einem militärischen Eingreifen. Doch einige UN-Unterhändler schafften es, mit dem Irak einen Handel auszuhandeln, der für alle Seiten befriedigend ist, und holten vom irakischen Diktator die Zusicherung, ohne Vorbehalte in Irak wieder Kontrollen im Auftrag der UNO durchzuführen.

Doch der Präsident will trotz allem Widerstand noch immer einen militärischen Schlag gegen den Irak führen. Mit der Begründung, dass Saddam Hussein nach wie vor an der Macht sei. Interessant ist für mich an dieser Feststellung, dass es der CIA unter der Leitung seines damaligen Chefs, George Bush sen. war, der dafür sorgte, dass der damalige Präsident des Iraks, El Bakr, zum «Rücktritt» gezwungen wurde und der von ihm ausgebildete und geförderte Saddam Hussein an die Macht kam. Der selbe Hussein, der gegen den Iran in den Krieg geschickt wurde, um den Nachbar wieder auf pro-amerikanischen Kurs zu bringen und einige Jahre später mit dem «Segen» von Bush sen., da schon Präsident der USA, in Kuwait einzumarschieren. Damit gab er dem ehemaligen Präsidenten seine Gründe, um den

Weg für eine «neue Weltordnung» und die Idee einer «Eine-Welt-Regierung» vorzubereiten.

Irgendwie erinnert mich die ganze Geschichte an Pearl Harbor. Damals wurde die amerikanische Regierung von den englischen Verbündeten mehrmals vor einem Angriff von japanischer Seite gewarnt. Sie schenkten diesen Warnungen aber absichtlich keine Beachtung, da der damalige Präsident Franklin D. Roosevelt und seine Hintermänner nur mit diesem «Dreckgeschäft» dem amerikanischen Volk einen Krieg mit Japan «andrehen» konnten. Und gut sechzig Jahre später? Läuft ein ähnliches Spiel. Nur um dem amerikanischen Volk und der Welt wieder zu zeigen, dass Kriege, dieses Mal gegen Afghanistan, Irak und andere angebliche Schurkenstaaten, gerechtfertigt seien. Aber warum gegen Staaten wie die oben erwähnten? Sind jetzt die USA nach ihren diversen «dreckigen Kriegen» zu Humanisten und Freunden der Menschenrechte geworden? Vergessen Sie es!

US-Bevölkerung will keine Kriege

Denn Krieg bedeutet Macht und Macht bedeutet Geld! Dieses Spiel wird seit ewigen Zeiten betrieben, aber die USA sind Weltmeister darin.

Der weltberühmte Schriftsteller Gore Vidal, Autor zahlreicher Bestseller, hat es vor kurzem in einem Zeitungsinterview auf den Punkt gebracht:

«Die amerikanische Bevölkerung will keine Kriege. Die Führung der Vereinigten Staaten und die Eigentümer dieses Landes müssen jedoch Kriege führen, sonst bekommen sie nicht das nötige Geld, Summen, die dann an Boeing und Lockheed weitergereicht werden. Es ist also sehr wichtig, dass wir Feinde haben. Deshalb erschaffen wir immer wieder neue. Das amerikanische Volk weiss dagegen nicht einmal, wo die entsprechenden Länder auf der Landkarte liegen. Nur wenn wir unsere Gegner dämonisieren, können wir all diese Kriege führen – seit 1945 sind es rund 300. Wir haben gegen andere Länder immer als erste losgeschlagen. Und wir hatten immer eine Entschuldigung dafür parat.»



Über die Lüge und den 11. September 2001

Ein Blick in die linke Zeitung «Leipzigs NEUE»

Anlässlich eines Aufenthalts in Leipzig wurde in der Woche vor der Bundestagswahl von verschiedenen Parteien an Ständen geworben. Vor einem Stand der PDS Gregor Gysis drückte mir ein Mitglied die Ausgabe Nr. 18/2002 der linken Zweiwochenzeitung «Leipzigs NEUE» in die Hand. Auf der Rückreise fand ich Zeit für die Lektüre.

Das Zitat auf der Frontseite

Da ist ein Plakat des lächelnden CDU-Kandidaten Alexander Achminow abgebildet. Es ist in der unteren Hälfte grossflächig mit einem Zitat Ottos, des Fürsten von Bismarck, überklebt. **«Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.»**

Wenn man an die Beteuerungen unseres Bundespräsidenten Kaspar Villiger im Vorfeld der Abstimmung über die Goldvorlagen denkt, wo er in allen Medien verkündete, die Solidaritätsstiftung habe nichts mit Erpressung zu tun und es wären keine Wiedergutmachungs-Zahlungen möglich, lässt sich obiges Zitat dahin ändern: **«Es wird niemals so viel gelogen wie vor einer Abstimmung...»**

Immerhin stand im «Bundesgesetz über die Stiftung solidarische Schweiz» in Artikel 3 folgendes:

1 Die Stiftung hat folgende Hauptaufgaben:

b. Sie trägt zur Verhütung der Ursachen und zur **Linderung der Folgen von Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Völkermord bei...**

Laut Bulletin des Nationalrates vom 5. März 1997 erklärte Bundespräsident Koller:

«Zu denken ist an Opfer von schwerer Armut und Katastrophen, von Genoziden, Folter und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen, selbstredend auch an jene von Holocaust und Schoah...»

Bundesrat Villiger sagte am 18. März 1997 vor dem Nationalrat folgendes: **«Helfen möchten wir Opfern von Not und Armut, sei es Not aus wirtschaftlichen Gründen, sei es solche als Folge von Gewalt von Menschen gegen Menschen – Krieg, Holocaust und solche grässlichen Dinge...»**

Glücklicherweise haben manchmal «Lügen kurze Beine» und so ist am 22. September der Traum einer Solidaritätsstiftung vorderhand ausgeträumt. Der schale Geschmack bleibt allerdings, wenn man bedenkt, dass sich höchste Persönlichkeiten des Staates zur Manipulation des Souveräns der Lüge bedienen.

Kippende Kulisse

Schmierentheater immer unglaublich-würdiger. Unter diesem Titel beschäftigt sich «Leipzigs NEUE» mit dem 11. September 2001. Erstaunlich, mit welcher Offenheit der Verfasser seine kritischen Gedanken äussert:

«Kippende Kulissen

Schmierentheater immer unglaublich-würdiger

Je mehr der 11. September 2001 zeitlich entrückt, um so stärker geraten offizielle Erklärungsmuster unter Druck, brechen Fakten der Gewissheit Bahn, eine abgefeimte, allein von weltpolitischen Interessen bestimmte Inszenierung zu erleben. Lange vor dem Ereignis gibt es von USA- und ausländischen Geheimdiensten präzise auch auf Manhattan bezogene Warnungen vor Angriffen mit Passagierflugzeugen als fliegende Bomben. Doch die Regierung tut nichts und wartet ab. Der Anschlag wird als Blitz aus heiterem Himmel dargestellt. Erst Monate später wird ein Vorwissen begrenzt eingeräumt. Der jüngste Untersuchungsbericht des Justizausschusses des US-Senats (September 2002) belegt, dass die FBI-Zentrale vor dem 11. September 2001 zahlreiche Hinweise ihrer Agenten erhielt, die sie ignorierte. Auffällige Kursbewegungen vor dem 11. September bei Aktien von Versicherungen, Fluggesellschaften und der Twin Tower legen nahe, dass hier Insiderwissen im Spiele war. Knapp zwei Tage nach dem Anschlag legt das FBI eine Liste der angeblichen 19 Selbstmordattentäter vor, doch nach kurzem erweist sich, dass sieben von ihnen noch leben.

Die Überprüfung von Wohnungen in Hamburg schon am 12./13. September zeigt, dass in der Gruppe um den Mittäter Mohamed Atta die bis Februar hier wohnte, offenbar ein behördlicher V-Mann sass. Atta ist auch durch CIA und den ägyptischen Geheimdienst überwacht worden. Noch kurz vor dem 11. September erhielt er vom Geheimdienst Pakistans 100'000 Dollar. Fernsehbilder mit jubelnden Arabern nach dem Angriff auf World Trade Center und Pentagon stammen nachweislich aus dem Archiv. Zahlreiche Tatsachen stehen im Widerspruch zur Perfektion des Anschlags: Anmeldung bei den Flugschulen, Autoanmeldung, E-Mail-Korrespondenz unter anderem mit Klarnamen; vom FBI bei Hausdurchsuchungen gefundene, also nicht abgeschickte Abschiedsbriefe der Täter an ihre Familien; in Autos, in Wohnungen oder in den Trüm-

mern der bei Pittsburg abgestürzten Maschine gefundenen Schriftstücke.

Wissenschaftler und Übersetzer bezeichnen die Übersetzung eines Bin Laden belastenden Videos in wichtigen Punkten als willkürliche. Offiziell weitgehend unbeachtet bleibt, dass 16 der 19 genannten Flugzeug-Attentäter und über 100 der 158 in Guantanamo Internierten Saudi-Araber sind.» G.L.

Sollte einmal die ganze Wahrheit über das Vorkommnis vom 11. September 2001 veröffentlicht werden, und sollte alles eine «von weltpolitischen Interessen bestimmte Inszenierung» gewesen sein, wird sich wohl der Hass einer betrogenen Welt über die Verantwortlichen ergiessen. Artikel wie der obige nähren allerdings Vermutungen, es gehe den USA im «Kampf gegen Schurkenstaaten» und im «Krieg gegen den Terror» in erster Linie um Oelinteressen: In Afghanistan und Kosovo um die Errichtung und Sicherung von Oelpipelines und im Irak um einen ersten Schritt zur

Kontrolle der grössten Oelreserven der Welt. Bedenkt man, dass zwei Drittel der in Guantanamo Internierten Saudi-Araber sind, könnten die USA nach einem Sieg über Irak auf den Gedanken kommen, Saudi-Arabien sei ein Schurkenstaat und müsse ebenfalls «befreit» werden...

Leider wird die Politik immer mehr von Personen beherrscht, denen alle Mittel zur Erreichung ihrer Ziele recht sind. Da sind die USA nicht allein; seit einiger Zeit wird auch in der Schweiz mit allen Mitteln der Manipulation und der Lüge dem Volk das eingetrichtert, was der Bundesrat und seine Hintermänner von dies und jenseits des Atlantik durchsetzen wollen – eine Umkehr direktdemokratischer Gepflogenheiten. Tröstlich ist, dass offenbar millionenschwere Propaganda nicht immer zum Ziele führt; so erlebt am 22. September 2002 bei der Abstimmung über Gold und Elektrizitätsmarkt.

Hans Steffen, e. Nationalrat,
Fischenthal

Frage Hess Bernhard (SD) an den Bundesrat vom 18. September 2002

Militärischer Alleingang der USA gegen den Irak

Die Bereitschaft des Irak, erneut Waffeninspektionen zu erlauben, erschwert die Absicht der USA, so rasch als möglich gegen den irakischen Herrscher Saddam Hussein militärisch vorzugehen.

– Wie stellt sich der Bundesrat zu einem möglichen kriegerischen Alleingang der USA gegen den Irak – insbesondere ohne UNO-Mandat?

– Würde die Landesregierung UNO-Staaten Überflugrechte gewähren, sei es für militärische

Operationen oder für friedenserhaltende Massnahmen?

– Ist der Einsatz von Schweizer UNO-Inspektoren im Irak mit der schweizerischen Neutralität vereinbar?

Die Landesregierung befürwortet im Falle eines UNO-Mandates den Einsatz von Schweizer UNO-Inspektoren im Irak. Hingegen lehnt der Bundesrat sowohl einen möglichen militärischen Alleingang der USA ab und will auch keine Überflugrechte für militärische Operationen gewähren.

In Zukunft Türkisch nötig für Migros-Einkauf?

Vor einiger Zeit habe ich in der Migros im Badener Metroshop etwas gekauft. Während ich vor der Kasse wartete, fiel mir eine Tafel auf «Paketlemeli Sati». Zuerst versuchte ich, diese Worte durch Umstellung und andere Betonung der Silben zu verstehen. Anschliessend zog ich meine sechs Fremdsprachen zu Hilfe. Als auch das nichts half, fragte ich die Frau an der Kasse, was das bedeutet. Darauf entspann sich folgender Dialog: Sie: «Das ist Türkisch». Ich: «Ach, muss man jetzt zuerst Türkisch lernen, bevor man in der Migros einkaufen geht?» Sie: «Oh, wir haben das auch auf Portugiesisch und Spanisch». Ich: «Haben Sie es viel-

leicht auch auf Deutsch?» Sie (indem sie auf die Tafel «Take away» zeigte) sagte: Hier «Take away» (und zwar so, wie es geschrieben stand, wahrscheinlich dachte sie, das sei etwas aus Hawaii). Mein Schlusssatz lautete: «Als ich noch zur Schule ging, war das noch Englisch und man sprach es «teik ewei» aus».

Heute will jedermann «in» sein und englisch quasseln – und kaum einer kann's. Z.B.: Praktisch alle Leute, selbst die meisten Kellner/-innen in Restaurants, sagen für ein Plätzli (Steak) «stiik», und zwar das «i» so betont, dass es geradezu wie drei «i» tönt, statt korrekt «steik». Dragan Najman, Baden



Kanton Aargau

Stimmungsmache des Regierungsrates vor der Volksabstimmung vom 24. November 2002 über die Volksinitiative «gegen Asylmissbrauch»

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau fordern Internierungslager oder Ausgangssperren für kriminelle und renitente Asylbewerber

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau haben sich mit den verschärften Massnahmen des Regierungsrates im Asylbereich befasst und sind der Ansicht, dass der Regierungsrat bei der härteren Gangart im Asylbereich den

falschen Weg eingeschlagen hat. Mit Polizeiaktionen alleine ist dem kriminellen Treiben der Asylbewerber nicht beizukommen. Der Regierungsrat versucht einzig und alleine mit konzentrierter Polizeipräsenz die einheimische Bevölkerung zu beruhigen. Für die SD Aargau sind diese in Gang gesetzten Massnahmen reine Kosmetik und Stimmungsmache. Mit den verschärften Massnahmen im Asylbereich versucht der Regierungsrat nämlich just vor der Abstimmung vom 24. November 2002 über die Volksinitiative «gegen Asylmissbrauch» die Aargauer Bevölkerung diesbezüglich zu beeinflussen. Der Regierungsrat hat nach Auffassung der SD Aargau auch gegenüber dem Bund eine härtere Gangart einzuschlagen. Nachdem der Bund vor dem Asylchaos längst resigniert hat, müssen die Kantone die asylpolitischen Zügel selbst in die Hände nehmen und durch Missachtung der Bundesweisungen für Ruhe und Ordnung in der Schweiz besorgt zu sein. Wollen die Kantone weiterhin die geduldige Schweizer Bevölkerung vor den Kopf stossen, oder will man weiter zuwarten, bis die Seele des Schweizer Volkes überkocht? Das Asylchaos und die auffallende Hilflosigkeit der Behörden kann nur mit durchgreifenden Massnahmen entschärft werden. Die SD Aargau fordern den Regierungsrat deshalb mit Nachdruck auf, kriminelle und renitente Asylbewerber zu internieren oder die Asylunterkünfte rund um die Uhr zu bewachen und strenge Ausgangssperren zu verhängen.

Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau, R. Kunz, Präsident Kantonalvorstand

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Köniz/Bern-Land Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West Sektion Ob- und Nid Aargau/ Mittelland/Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern. Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Landorfstrasse 29, Köniz Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen Sektion Wil und Umgebung	Am 30. Oktober Stamm-Abend, 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen, St. Gallen (Busstation St. Fiden). Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil.
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg, Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikerstr. 9, Dürnten Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss

Oktoberanlass der SD St. Gallen

Die militärisch geschützte Angriffssache Altstätten:
Aussenbesichtigung: von 3 Infanteriewerken (Knollenhausen), von 2 Bunkern (Ruppen). Innenbesichtigung: von der Sperre (Stoss). Geführt durch Thomas Uhler.
Treffpunkt ist am **Sonntag, 27. Oktober, 13.00 Uhr** beim Bahnhof Altstätten. Für weitere Auskünfte ist der Präsident erreichbar unter der Telefonnummer: 071 278 06 72.

Kantonale Volksabstimmung «Einbürgerungen von Ausländern an der Urne»

Wo sind die Wahlversprechen der SVP und FDP?

Die SD Aargau sind vom Abstimmungsresultat enttäuscht – respektieren jedoch den Volksentscheid. Die SD Aargau sind die einzige politische Partei, die eine konsequente Ausländerpolitik betreiben.

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau sind über die ablehnende Haltung des Aargauer Souveräns enttäuscht, respektieren jedoch den Volksentscheid. Erfreulich für die SD Aargau ist hingegen, dass sich 38,8 Prozent der Aargauer Stimmberechtigten für die Volksinitiative «Einbürgerungen von Ausländern an die Urne» ausgesprochen haben. Für die SD Aargau ist es nach wie vor unerklärlich, dass sich die FDP des Kantons Aargau im Abstimmungskampf praktisch einstimmig gegen die Einbürgerungsinitiative ausgesprochen hat. Das Aargauer Stimmvolk muss nach Meinung der SD Aargau wissen, dass auf die FDP kein Verlass mehr ist, obwohl die ausländerpolitische Standesinitiative im Grossen Rat erfolg-

reich war. Die SD Aargau werden in Zukunft alles daran setzen, das Aargauer Stimmvolk über die «Wischiwaschi» Politik der FDP und der SVP aufzuklären. Für die SD Aargau ist es nicht nachvollziehbar, dass sich keine bürgerliche Partei im Kanton Aargau für das Volksbegehren der SD Aargau ausgesprochen hat. Die ausländerpolitischen Schlagworte der FDP und der SVP sind nach Auffassung der SD Aargau nur Schall und Rauch. Eine solche scheinheilige Politik der bürgerlichen Parteien können die SD Aargau nicht mittragen und werden ab dem 23. September 2002 die Ausländerpolitik einzig und alleine thematisieren.

*Schweizer Demokraten SD,
Kantonalvorstand,
R. Kunz, Präsident*



Sehr erfreulich war nicht nur der schöne Ausflug, sondern auch, dass Nationalrat Bernhard Hess es sich nicht nehmen liess, bei diesem Ausflug bei uns zu sein.

Nochmals herzlichen Dank an Organisator Willy Schüpbach und an seine Freundin Nora Gagg.

W. Krebs, Pressechef

JSD -Standpunkt

Die Fahne muss wehen!

Eidgenossinnen und Eidgenossen, Junge Schweizer Demokraten!

Der 1. August ist vorbei. Wie alle, die noch rechten Mutes sind, hattet auch Ihr euer Haus mit unserem alten Zeichen, dem stolzen Schweizerkreuz geschmückt. Nun ist der Festakt der Bundesfeier vorbei. Das hehre Tuch ist eingerollt und sauber versorgt wartet es nun ein ganzes Jahr darauf, sich wieder, von einem Windhauch zart berührt, stolz auszubreiten und zu verkünden: «Hier ist die Schweiz!» Ist die Schweiz nur am 1. August? Nein! Die Schweiz war immer, ist und muss auch immer die Schweiz bleiben. Und darum habe ich auf meinem Balkon 365 Tage im Jahr Bundesfeier. Nicht mit aus dem kommunistischen China importierten Knallkörpern. Aber mit einer wehenden Fahne, die im Sturmwind knatternd ruft: «Hier ist die Schweiz!»

Das weisse Kreuz auf rotem Grund ist nicht nur ein Zeichen, ein Symbol. Diese Fahne hat eine Seele. Es ist die Seele unseres Volkes. Das Rot ist das Rot des Blutes, das unsere Ahnen in so manch fürchterlichen Schlachten vergossen, um das zu schaffen, was wir nun zu bewahren haben. Das weisse Kreuz ist das Abbild unseres reinen Gewissens. Willens, immer nur zum Guten zu streben. Noch müssen wir unser Blut nicht geben und im tödli-

chen Kampf beweisen, dass wir Schweizer sind. Noch sind unsere Herzen frei und reinen Mutes. Doch wie lange noch? Wenn wir uns nur noch an einem Tag im Jahr besinnen, aus welchem Holz wir geschnitzt sind? Ist nicht gerade dies die Krankheit, die unser Land so jämmerlich schwächt, dass wir nicht jeden Tag im Jahreslauf mit unserem erhabenen Zeichen weit um sichtbar kund tun, dass in unserem Haus noch Winkelriede wohnen?

Darum rufe ich Euch, Eidgenossinnen und Eidgenossen, Junge Schweizer Demokraten: «Lasst wehen was nur wehen kann, Standarten wehn und Fahnen! Wir wollen heut uns Mann für Mann zum Heldentode mahnen. Auf fliege stolzes Siegespanier, voran den kühnen Reihen! Wir siegen oder sterben hier den süssen Tod der Freien.» (Aus: «Der Gott, der Eisen wachsen liess.» Ernst Moritz Arndt, 1812)

Schmückt euer Heim das ganze Jahr hindurch mit dem weissen Kreuz auf rotem Feld, dem Zeichen das den Sieg behält. Und schreit es heraus. «Wir sind noch da und weichen keinen Meter mehr!» Denn solange unsere Fahne noch weht, so lange unser Volk noch besteht.

Jack Balmer, JSD Kanton Zürich

Kanton Bern

Täter zum Opfer gemacht

Am 14. September haben über 70 Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten, statt ihr wohlverdientes Wochenende zu geniessen, einmal mehr ihre Gesundheit gefährdet, indem sie sich anlässlich des Besuches des italienischen Vizepremiere Gianfranco Fini in Bern einem linksextremen Steine-, Flaschen- und Knallpetardenhagel konfrontiert sahen. Mit ihrer massiven Gewaltanwendung nahmen die Antifa-Chaoten ganz bewusst in Kauf, dass Polizeibeamtinnen und -beamte auch an Leib und Leben gefährdet wurden. Vor diesem Hintergrund mutet es schon fast grotesk, ja zynisch an,

dass einer dieser Linksextremisten sich erfrecht, gegen einen Stadtpolizisten eine Strafanzeige einzureichen, weil dieser ihm angeblich «auf der Flucht ein Bein gestellt» habe. Doch die Anzeige gegen einen pflichtbewussten Polizeibeamten mutet wohl eher wie ein Ablenkungsmanöver an: In altbekannter Antifa-Manier sollen die linksextremen Täter einmal mehr zu Polizei-Opfern gemacht werden. Den Polizeiverantwortlichen rate ich aber, dieses böse Spiel nicht mitzumachen und sich schützend vor das geprügelte Polizeikorps zu stellen.

*Bernhard Hess,
Nationalrat SD, Bern*

Ausflug des Vorstandes der SD-Stadtsektion Bern

«Wenn Engel reisen, lacht der Himmel». Am Samstag, 5. Oktober 2002 erlebten wir, in jeder Hinsicht, einen sehr schönen Tag. Wir wurden von unserem Organisator und Reiseleiter, Willy Schüpbach, in die prächtige Gegend des Mont Vully «verführt». Auf dem Campingplatz in Marin/NE wurden wir bereits mit einem Aperitif verwöhnt. Hierauf fuhren wir mit einem kleinen Bus nach Montet-sur-Cudrefin zum altherwürdigen Rest. Le Chalet, wo wir das Mittagessen – Essen bis genug – einnahm-

men. Nach dem Kaffee ging es auf den Mont Vully, wo wir als Exponenten nicht die Ausstellung, sondern die wunderbare Aussicht genossen. Ursprünglich wollten wir gegen Abend in der Militärkantine in Murten die bestens bekannten Militärkäseschnitten probieren. Da wir aber kulinarisch bereits dermassen verwöhnt worden waren, fuhren wir direkt zurück nach Bümpliz, wo wir im Rest. Bären noch einige Stunden gemütlich zusammen sassen.

Kanton Zürich

Tipp für Zürcher Gemeinderäte

Die Zürcher Regierungsrätin Rita Fuhrer (SVP) plant einen Frontalangriff auf Zürcher Gemeinden, die sich weigern, zwangsweise Asy-

lantent aufzunehmen. Sie droht, «renitenten» Gemeinden die Asy-

Fortsetzung Seite 10

Tipp für Zürcher Gemeinderäte

Fortsetzung von Seite 9

lanten direkt ins Gemeindehaus zu schicken und meint dazu zynisch, «vielleicht nehmen je der Gemeindegeschreiber und jeder Gemeinderat einen Asylbewerber bei sich auf». Ich habe da einen einfachen Tipp für diese Gemeinden, die sich weigern, den in der Ausländer- und vor allem Asylfrage völlig überforderten und hilflosen Bundesrat zu unterstützen.

Stellen Sie doch die Ihnen zwangsweise zugewiesenen Asylanten einfach in den Garten von Frau Fuh-

rer oder noch beseer in diejenigen der Bundesräte. Solange der Bundesrat nämlich diese unfreiwilligen «Gäste» aus aller Herren Länder, in letzter Zeit vor allem aus Afrika, einfach an die Kantone und diese weiter an die Gemeinden leiten (nach dem «feinen» Prinzip «den Letzten beißen die Hunde») und sogar SVP-Regierungsräte diese Politik noch unterstützen, wird unsere Landesregierung nie etwas gegen das immer mehr grassierende Asylunwesen unternehmen.

*Dr. Dragan Najman,
SD-Grosarat, Baden*

Über die Volksschulreform zum englischsprachigen Land?

Gegen die Volksschulreform, über welche wir am 24. November 2002 abzustimmen haben, lässt sich manches vorbringen. Am bedenklichsten sind allerdings die Pläne mit dem so genannten Frühenglisch. Zwar hat sich die englische Sprache bereits heute in der Schweiz sehr breit gemacht, ob- schon unsere Verfassung nur Deutsch, Französisch, Italienisch

und Rätoromanisch als Landessprachen aufzählt: eine Jugend, die sich nur noch in einer mit englischen Brocken durchsetzten Sprache zu verständigen vermag; ein öffentlicher Raum, in welchem das Publikum andauernd akustisch und schriftlich mit englischen Werbetexten berieselt wird; Firmen, die ihre landessprachlichen Namen anglisieren, aber auch öffentliche

Dienste, besonders wenn sie sich privatisieren, z. B. «Swisscom»; so erfolgreiche Manager, die nur noch englisch reden; eine angebliche «Landesausstellung» voller englischsprachiger Anschriften, Inschriften und Hinweise; Chefetagen, auf welchen Englisch als obligatorische Sprache durchgeboxt wird; Hochschulen, die immer mehr Englisch verwenden; immer mehr Schüler in englischsprachigen Privatschulen, immer mehr englische Vornamen, immer mehr englischsprachige Gesänge. Überhaupt ist die schweizerische Sprachenpolitik von einer grossen Heuchelei geprägt. Da wird im rätoromanischen Landesteil streng darauf geachtet, dass alle öffentlichen Anschriften romanisch sind, während gleichzeitig im alemannischen Teil deutschsprachige durch englische ersetzt werden! Für die vielen fremdsprachigen Einwanderer ist es auch viel einfacher, direkt zum Englischen zu wechseln, statt sich der Mühsal des Erlernens einer örtlichen Mundart und erst noch der deutschen Schriftsprache zu unterziehen. Ausserdem kommen aus Übersee immer mehr englisch sprechende Einwanderer. Wenn nun aber im Volksschulunterricht Englisch praktisch als Unterrichtssprache eingeführt werden

sollte, geht es ans «Eingemachte»: als letzter Akt des Überfremdungsprozesses drohen wir auch noch unsere Muttersprache zu verlieren! Zwar gibt es Bürger, die von einem Land mit schweizerdeutscher Umgangssprache und englischer Schriftsprache träumen. Dies ist jedoch unrealistisch. Ohne Rückhalt in der deutschen Hochsprache dürften die alemannischen Mundarten auf verlorenem Posten stehen. Die Erfahrung mit dem fast völligen Verschwinden des Elsässischen sollte uns eine Lehre sein. Die elsässische Jugend sprach ein ähnliches sprachliches Mischmasch wie die unsere heute, bevor sie ganz zum Französischen überging. Was die zentralistische Bürokratie des französischen Staates besorgte, könnte heute die «Globalisierung» besorgen! Und was soll mit unsern Nationaldichtern Gottfried Keller, Jeremias Gotthelf, Conrad Ferdinand Meyer, was mit Schillers Teil, unserm Nationaldrama geschehen? Sollen wirklich Leute, welchen Wirtschaft alles und Kultur nichts bedeuten, die Oberhand gewinnen? Die Zürcher Volksschulreform ist dringend abzulehnen! Was der Kanton Zürich tut, wird nämlich für die ganze Schweiz richtungweisend sein!

*Jean-Jacques Hegg, Gemeinderat,
a. Nationalrat, Dübendorf*



Kanton Thurgau



So wird fiese Parteipolitik gedeckt!

«Wir gehen sofort an die Arbeit, wie immer...» Diese Aussage macht die jetzt zurückgetretene Bundesrätin Ruth Dreifuss in der Schweizer Illustrierten mehr als doppelbödig. Da muss aber dringend gefragt werden, wie viele Jahre ist diese Frau «für uns» schon an der Arbeit und wie sind die Resultate? Unsere Krankenkassen stehen vor dem Ruin und viele können sich die Prämien schon gar nicht mehr leisten. Die Verbilligung von Kinderprämien oder eine Koppelung mit dem Einkommen mag Unwissende begeistern, doch die jahrelang versprochene Lösung sind sie sicher nicht! Frau Dreifuss und ihr Parteikollege in der obersten KK-Etage sind leider Parteimenschen geblieben. Das ist bitter,

denn so können die Probleme eines Landes gar nie gelöst werden! Jedes Jahr haben wir über 100'000 Neueinwanderer, die unser KK-System oft übermässig als Neueintritte belasten. Dazu kommen etwa 40'000 Asylbewerber aus aller Welt, die sehr oft noch nie einen Arzt gesehen haben und genau darum in unser Land kommen. Schliesslich sind über 400'000 Papierlose da, die ebenfalls und nachgewiesenermassen höhere KK-Leistungen beanspruchen. Wer dies alles nicht glauben mag, sehe sich in einem Spital um und vergewissere sich, dass der Ausländeranteil vielfach höher ist als die offiziellen 20% – vom Besuch einer Geburtsabteilung soll hier gar nicht die Rede sein...

Willy Schmidhauser

Soll die afrikanische Familie wieder zurück?

In den Medien wurde eine afrikanische Familie gezeigt, die zurück nach Ruanda fahren sollte, weil offenbar kein Recht auf Asyl besteht... und dies nach vielen Jahren.

Da schütteln viele mehr als verärgert die Köpfe. Bern ist ein richtiger Sauladen! Und wie in aller Welt kann eine solche Familie hier Asyl beantragen? Im nächsten

ordentlich regierten Lande nach Ruanda müsste Antrag gestellt werden. Aller spätestens wäre dies ganz sicher Österreich, Frankreich, Italien oder Deutschland. So hat doch unser Asylwesen gar keinen Sinn mehr, das ist doch reiner Betrug am echt Verfolgten und an allen Bürgern! Nehmen wir jetzt noch an, dass diese Familie mit dem Flugzeug gekommen ist, möchte man am liebsten im Boden

versinken, denn nur die absolut superprivilegierten in Afrika haben so viel Geld, um Tickets zu kaufen. Unser Land ist tief gesunken, und es ist eine absolute Schande, was die Bundesräte in Bern und eine himmeltraurige Verwaltung leisten! Es ist eine unfassbare Schweißerei, ein Verrat der echt Verfolgten und eine absolute Verschleuderung von Steuermitteln!

Willy Schmidhauser



Kanton Basel-Stadt



Energischer Widerstand zeigte Erfolge!

Bei der Vorlage betreffend Abbruch der «Zürich-Häuser» trat ein, was wir Schweizer Demokraten erhofften, ...und die Regierung und die bürgerlichen Parteien fürchteten: Das Volk lehnte den Grossratsbeschluss, der den Weg für den Neubau eines grossen Bürohauses möglich gemacht hätte, ab. Wie es nun in dieser Angelegenheit genau weitergeht, ist noch nicht ganz eindeutig abzuschätzen. Eines ist hingegen sicher: Mit diesem Abstimmungsresultat wurde ein wichtiger Teilerfolg zum Erhalt dieser Liegenschaften erzielt!

Vernebelungstaktik der Regierung verfinstert nicht

Im Vorfeld dieser Abstimmung

wiesen Regierung und mit dieser die bürgerlichen Parteien unisono immer wieder darauf hin, dass die Referendumsträger (Mieterverband, SD und SVP) das Referendum gegen einen falschen Grossratsbeschluss ergriffen hätten (diese Meinungsäusserung ist natürlich falsch und diente bloss zur Verunsicherung der Abstimmenden). Dass von den insgesamt 55'066 Stimmenten gar 3743 vor «lauter Verunsicherung» seitens der Regierung letztlich einen leeren Stimmentzettel in die Urne einlegten, erstaunt nun nicht mehr. Die Eigentümerin der Liegenschaften, die Zurich Financial Services (ZFS) liess noch kurz vor der Abstimmung durch ihren Pressesprecher verlauten, dass sie – ob es sich

hier nun um baufällige oder gut-erhaltene Wohnungen handelt – in jedem Fall die Liegenschaften abbrechen und neu bauen würden. Das Referendum betitelte die ZFS als Schlag ins Wasser.

Miteinander reden

Offensichtlich ging nun mit diesem Abstimmungsresultat für verschiedene Beteiligte der Schuss hinten raus: Die ZFS will das Baugesuch (welches mit Sicherheit zahlreiche Einsprachen und in der Folge einen möglicherweise langjährigen Rechtsstreit provozieren würde!) nicht vor Ende Jahr einreichen. Auch dieses Zuwarten kann schon eine Bedeutung haben.

Erfreulicherweise erklärte die in dieser Angelegenheit bis anhin nur negativ aufgefallene Baudirektorin Barbara Schneider, welche die Abbruch-Absichten bis zur Volksab-

stimmung immer zäh unterstützt hatte, gleich nach Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse nun plötzlich, dass der Volksentscheid zugunsten eines Erhalts der Liegenschaften ausgefallen sei und auch respektiert werden soll. Sie werde nunmehr das Gespräch mit der Eigentümerin (ZFS) der Liegenschaften suchen. Im Übrigen erklärte sich ja auch der Wohnbaugenossenschaftsverband Nordwest bei der Eigentümerin und in der Öffentlichkeit dazu bereit, diese Wohnliegenschaften zu einem «fairen Preis» zu erwerben. Und demnächst werden im Grossen Rat zwei Vorstösse zum Thema «Zürich-Häuser» – wie weiter? behandelt.

Schlussfolgerungen

Die Chancen stehen gut, dass die Mieter auch weiterhin in den

«Zürich-Häusern» wohnen bleiben können. Der Widerstand geht weiter; jedoch – wenn es sein muss – auf andern Ebenen. Zudem ist sicher, dass ohne dem Einsatz der Schweizer Demokraten, vorweg beim Unterschriften sammeln, später in der Abstimmungskampagne (es wurden u.a. 40'000 Flugblätter verteilt!) niemals eine Abstimmungsmehrheit von 50.7 % zustande gekommen wäre. Den Engagierten und den Abstimmenden der SD-Familie sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Bedenklich ist bloss, dass die (linken) Verantwortlichen des Mieterverbandes Basel diese Tatsache nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Da kann der Schreibende bloss bemerken – Scheuklappen sind nicht aus der Mode gekommen. Früher trugen solche Pferde, – heute bedienen sich noch gewisse links mar-

schierende Zweibeiner dieses Utensils! Wer aus Studienzwecken mehr über die ideologische Verblendung gewisser Leute des Mieterverbandes Basel erfahren möchte, besucht einmal den Mieterverband Basel im Internet (www.keinabbruch.ch) und liest deren Pressemitteilung vom 14. Juni.

Zur zweiten kantonalen Abstimmung: Die Initiative «Fir en offe Basel», d.h. dem Ziel einer massiven Ausweitung der abendlichen Ladenöffnungszeiten an Werktagen bis um 23.00 Uhr, wurde mit einer 57-prozentigen Mehrheit klar bachab geschickt. Die Schweizer Demokraten empfahlen auch hier anlässlich der Parolenversammlung – gar einstimmig – ein Nein. Gut so!

*Markus Borner,
Präsident SD, Basel-Stadt*



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Die Schweizer Soldaten und die Expo

In recht geringschätziger, deplazierter Weise hat sich früher die Expo-Leitung über die Mitwirkung unserer Armee bei der Expo geäussert. Von höchster Expo-Leitung wurde erklärt, man würde die Armee schon an die Expo nehmen, wenn sie rückwärts marschieren würde. Eine absolut hochnäsige Arroganz und Frechheit und gar nicht witzig! Allerdings deckt sich das gut mit der Unfähigkeit und Schuldenwirtschaft der Expo-Leitung.

In Anbetracht des unerwartet negativen Billettverkaufs, war man dann doch noch grosszügig bereit, die Hilfe der Soldaten anzunehmen, weil man gemerkt hatte, dass das Expo-Defizit in astronomische Höhe kletterte und dauernd unpopuläre Nachtragskredite gefordert werden mussten. Allerdings muss-

ten die Soldaten dann viele Tätigkeiten ausüben, die mit der Armee überhaupt nichts gemeinsam haben (auf schweizerdeutsch: den Löli für die Expo-Leitung spielen). Auf den 1. August wurde dann auf der Expo-Homepage mitgeteilt, dass man am Nationalfeiertag keine Schweizerfahren wünsche! Widerwärtige Theaterstücke (Affenbumms) und Blüttler-Shows waren hingegen hoch willkommen. Auch ein schwarzer Wilhelm Tell durfte nicht fehlen. Den wird es ja früher auch gegeben haben. Das Ganze: Eine einzige Provokation. Kein Wunder, dass viele Mitbürger zu Recht diesen miesen Expo-Event nicht mitmachen wollen und auf diese Art Expo verzichten. Mit den bekannten negativen Folgen des Billettverkaufs. Das spielt jedoch für die unfähigen Expo-Verantwortlichen (inklusive Steingger, FdP und seine Supporter) überhaupt keine Rolle. Man holt das Geld einfach bei den Steuerzahlern, via Bern – und bekommt es auch. So einfach ist das.

Zu guter Letzt, um diesem antischweizerischen Anlass noch die Krone aufzusetzen, befiehlt ein selbstherrlicher, abgehobener Ausbildungschef alle Rekruten zum Zwangsbesuch an der Expo. Natürlich nur gegen gutes Geld – Steuergeld, diese Mal eben zusätzlich aus der VBS Kasse gezahlt – das die Expo-Leitung selbstverständlich gerne nimmt, versteht sich. Man muss sich schon fragen, ob solche Militär-Führer noch ganz durchblicken und ob die Führung des VBS sich wirklich jede Dummheit und Erniedrigung widerspruchslos gefallen lässt.

Ins gleiche Kapitel gehören auch die gewalttätigen Angriffe von Ausländern auf unsere Rekruten und Soldaten. Doch Führungsschwäche gibt es eben nicht nur an der Expo. *Peter Kuhn,
Präsident Ortsgruppe Regensdorf,
Pressechef Bezirk Dielsdorf*

Quo vadis Helvetia?

Der sogenannte Rassismus-Artikel, als Rassismus-Gesetz hochgespielt und als Maulkorb angewendet, wird solcherart missbraucht, dass man von «Rassismus gegen das eigene Volk» sprechen kann. Kriminelle sind keine Rasse, ergo sind diese, ob weiss oder schwarz, eine an sich miese Bande von Schmarotzern, Dieben, Drogenhändlern, Betrügnern aller Art, Sexualtätern und Einbrechern... Wer diese Kreaturen schützt und deren Schandtaten herunterspielt oder gar noch leugnet, mit oder wider besserem Willen, macht sich mitschuldig. Diverse Kreise geht dies an! Wenn sich Regierungen, Parlamente, Bevölkerungsteile nicht mehr wehren dürfen, können oder wollen, ist dies dekadent oder feige. Von mir aus gesehen macht man sich so des Verrates am Volk schuldig!

Ein wesentlicher Teil dieser schriftenvernichtenden Eindringlinge, Asylanten genannt, sind so was von arrogant und machen sich über uns lustig, weil die Lügengeschichten von den gutmütigen Schweizern geglaubt werden. Gutgläubig oder ungläubig...?

Heuchlerisch, ja gar teuflisch ist es, wenn Rufer in der Wüste, wie SVP, SD, FPS und andere, nicht parteigebundenen Patrioten «verteufelt» werden und gar noch des Rassismus bezichtigt werden!

Quo vadis Helvetia? Ist Nichtwehren nicht Verrat an Volk und Heimat? Für mich ist es dies; ich hoffe, die Schar derer, welche sich nicht mehr alles gefallen lassen, wird grösser, grösser und grösser und stärker! Es ist viel später als man denkt.

Hans Gmünder, alt Grossrat, Biel

www.schweizer-demokraten.ch

Danke für die Nummer 9, 2002!

Voll Mut – und Feuereifer – legen Sie die Dinge dar, wie sie sind. Man müsste Trauer tragen, wenn man liest, was sich da abspielt in unserer Schweiz. Quo vadis? Zum Glück gibt es noch viele tapfere Menschen – und sicher sind auch junge Bürger angewidert durch die «Kunst», wie sie sich an der Expo darbietet und entsetzt, dass der Bürger den Schund aus seiner Steuer zu bezahlen hat, d.h. fröhlich weiter Schulden angehäuft werden.

Kurz, zu jedem aufgegriffenen Thema, wie Sie es zur Sprache bringen, haben Sie sich geäussert, ohne Schminke aufzutragen. Ich sende

Ihnen als Extra eine kleine Gabe, Fr. 150.–. Fürs Weitermachen. Vielen Dank für Ihre Arbeit!

M. Seiler-Bühler, Luzern

Anzeige

- Lebensversicherung
- Vorsorgeplanung
- Kindersparplan
- Erwerbsunfähigkeit- und Todesfall



PAX
VERSICHERUNGEN
ASSURANCES
ASSICURAZIONI

bei 01 946 36 37

Anzeige

CH-Versand-Handelsfirma in Zürich sucht

Teilzeitaushilfen

für Kleinpakete / Versand / Adressverwaltung. Teilweise können die Arbeiten zuhause ausgeführt werden.

Kurzbewerbung von SD Lesern an Postfach 6456, 8050 Zürich



Nach uns die Sintflut?

Im «Schweizer Demokrat» Nummer 9 erschien ein Leitartikel von Nationalrat Bernhard Hess unter obigem Titel. Ist diese Überschrift wohl spontan so gewählt, oder ist es eine Anlehnung an das Buch von Gösta Ehrensverd?

Ehrensverd hat in seinem Buch «Nach uns die Steinzeit» – ohne Fragezeichen – Ehrensverd hat in seinem Buch (5. Auflage 1971) sicher viel scharfsinniges geschrieben, machte jedoch eine Reihe grosser Denkfehler oder schrieb rein emotional. Nach Ehrensverd hätte zu Anfang unseres neuen Jahrtausend bereits der grosse Zusammenbruch des Öko-Systems stattfinden müssen.

So verfällt auch B. Hess in Weltuntergangsstimmung und beruft sich dabei auf das korrupte IPCC. Die «Wissenschaftler» des IPCC müssen die Computer so programmieren, dass die Antworten so kommen wie es die staatlichen Stellen wollen. Wissenschaftler, die ehrlich sind und von den Vorgaben – die auch von UNO-Seite gewünscht ist – abweichen, werden meist fristlos entlassen und brotlos gemacht. Es

darf nicht sein, dass von SD-Seite das OPCC als Vorspann-Vehikel für diktatorische Öko-Szenarien benützt wird. Man kann es nicht genug wiederholen, dass alle diese Weltuntergangs-Szenarien – dazu gehören auch die «Erdgipfel» nur ein Ziel anvisieren, nämlich die Völker in Angst und Schrecken zu versetzen, denn so kann ihnen am leichtesten ein straffes Öko-Korsett übergestülpt werden, mit dem eine neue Weltordnung mit Abschaffung der Nationalstaaten («Länderübergreifend») installiert würde.

Ich habe schon mehrmals darauf hingewiesen, dass die SD nicht für die Öko-Linke Handlangerdienste sein soll, Sinne des Sprichwortes: «Nur die allergrössten Kälber wählen ihren Metzger selber». Es sollte auch endlich Schluss sein, damit immer wieder das CO₂ zu verteufern, wir haben nämlich nicht zu viel davon, sondern eindeutig zu wenig, das Zuviel gehört auch zu den IPCC-Lügen.

Denn es ist längst wissenschaftlich bewiesen, dass eine Erwärmung auf der Erdoberfläche nicht auf menschliche Aktivitäten zurückgeht, sondern dies einzig und allein von der Sonne ausgeht – je nach Achsstand und Eruptionen und das ergibt mehr CO₂ und nicht umgekehrt, dass CO₂-Wärme erzeugen würde mit dem sagenhaften «Treibhauseffekt» (wo ist denn das Dach des Treibhauses in der Atmosphäre und Stratosphäre?) Zudem zuviel CO₂ lagert sich in den Senken ab.

Ich hoffe also sehr, dass die SD nicht weiter die politischen Gegner unterstützt.

Rudolf Lüthi, Hörhausen/TG

Freude am «Schweizer Demokrat»

Ich freue mich immer, wenn Ihre Zeitung kommt. Ich bin eine alte Frau und muss sagen, dass es uns Alten materiell so gut geht wie wohl keiner Generation vor uns. Die Gesundheitsprobleme gehören natürlich auch dazu, doch das war bei jeder Generation jeweils so. Was uns jedoch das Alter wirklich vergällt, ist der politische und moralische Absturz unseres lieben Landes. Es gibt ja so viele Sachen anzugehen. Das Miesmachen von dem was wir sind und haben, das Brechenwollen des Volkes, die Auflösung von guten Gesetzen, die Orientierungsmöglichkeit und die Verkaptalisierung der ganzen Wirtschaft. Wie ist allein die chemische Industrie mächtig geworden. Und wieviele Lebensmittel gibt es noch, wo sie nicht schon ihre Finger drin hat? Nach meiner Meinung spricht man viel zu wenig über «Wuchshormone». Wenn z.B. in der gleichen Zeit wie ein Wildlachs, ein Zuchtlachs dreimal grösser wird wie normal, dann sind daran auch die Wuchshormone beteiligt. Gibt es viel-

leicht darum so viele abnorm dicke Menschen? Weil man auch im Bauernstall immer mehr mit Chemie arbeitet und den Kälbern schon «vorsorglich» Antibiotika gibt. Man kann es sich ja auch nicht mehr leisten, ein Tier nicht durchzubringen. Die Kühe haben heute Euter, die ein Mehrfaches von früher sind. Ob dabei die Milch besser geworden ist, der Käse, der Quark, die Butter, wage ich zu bezweifeln. Dass auch unsere gewachsenen Nahrungsmittel immer ärmer an Vitaminen werden, sodass wir diese wenn möglich zusätzlich beziehen und bezahlen müssen, stimmt auch. Bei den rasend anwachsenden Staatsschulden, und auf der Suche, wo man sparen könne, kommen auch unsere in der Schweiz überbezahlten Medikamente hinzu. Da wäre schon ein grosses Potenzial an Sparmöglichkeiten. Wer gibt der chemischen Industrie das Recht, von uns in der Schweiz soviel mehr zu verlangen? Und warum nimmt keine Partei dieses Problem auf?

Margrit Coray, Minusio

Asylschlamassel

Eine vollziehbare Gefängnisstrafe bedeutet – nach unserem Verständnis – für Straffällige und ihre Angehörigen Schmach, Ehrverlust und Verachtung. Manchen haftet das Stigma zeitlebens an. Ungleich bessergestellt sehen sich illegal zugewanderte, wenn sie straffällig werden. Unsere Anstalten bieten einen Komfort, den sie anderswo – auch nicht in ihrem Heimatland, an dessen Namen sie sich nicht erinnern – niemals finden. Diesen Gefängnisinsassen (auch «Sans Papiers», wie sie beschönigend genannt werden) winken sorgenfreie Jahre und die Möglichkeit, mit dem ihnen zustehenden Entgelt die Angehörigen zu unterstützen. Falls etwa die Verpflegung den Erwartungen nicht entspricht, ist subito ein Dolmetscher zur Stelle, um die Rü-

ge in einer Amtssprache abzufassen. Nach der Entlassung erfreuen sie sich der Bewunderung ihrer Landsleute.

Für Aufenthalt und Unterhalt der Delinquenten haben wir, die Steuerzahler, aufzukommen! Mit hunderttausend Franken (für ein «Mannjahr») sind wir dabei. Parlament und Bundesrat haben das Schlamassel zu verantworten. Sie sind offenbar nicht willens oder unfähig, dem schabigen Treiben ein Ende zu setzen. Solange unser Land und seine Strafanstalten mit höchster Attraktivität aufwarten, wird der Zuzug nicht abbrechen. Mit der Initiative gegen den Asylmissbrauch muss der Souverän das Schmarotzertum unterbinden!

Max Schio, Heimiswil

Radio- und Fernsehen – DRS in linken Händen

Was für die Schweizer Demokraten schon längst kein Geheimnis mehr ist, haben wir jetzt auch noch schwarz auf weiss. Die Mehrheit der Journalisten in der Schweiz steht politisch weiter links als die Mehrheit der Bevölkerung. Das ergab eine Umfrage einer Westschweizer Zeitung (TA v. 4.10.01). Ist für uns der Zugang zu den Printmedien schon recht schwierig – manchmal bleibt nur der teure Inseratenweg – so gilt das erst recht für Radio und Fernsehen. Da die Zeitungen noch von den Käufern, bzw. Abonnenten abhängig sind, ist hier eine gewisse Einflussnahme möglich. Bei dem staatlichen Radio und Fernsehen jedoch, ist das wegen dem Gebührenmonopol (über 1 Mia. Fr. pro Jahr) vollends unmöglich. Kein Wunder, wenn hier von Meinungsvielfalt nicht viel zu spüren ist und diese Leute ungestraft ihre einseitige Betrachtungsweise verbreiten können. Erinnert sei hier nur an die unrühmliche Rolle, die DRS im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Schweiz im zweiten Weltkrieg spielte.

Die zwar vorhandene Beschwerdeinstanz ist ein zahloses Gebilde und hat höchstens Alibifunktion. Seit das Gebühren-Inkasso von der Telefonrechnung abgekoppelt ist, könnte man eigentlich im Bedarfsfall zum Zahlungsstreik aufrufen. Aber auch das wäre auf die Dauer keine Lösung. Auch die Privat-Sender sind mit dem DRS-Monopol nicht zufrieden. Nun redet man plötzlich von «Gebühren-Splitting» und will das auch im neuen Radio- und Fernsehgesetz verankern. Aber es ist jetzt schon absehbar, wie eine solche Regelung aussehen wird. Privatsendern, die gewisse Randregionen ab-

decken, wird man ein paar Brosamen aus dem Gebühren-Kuchen zukommen lassen. Aber im Prinzip wird man am Monopol festhalten und auf keinen Fall können überregionale Privatsender damit rechnen, ebenfalls berücksichtigt zu werden.

Das ist aber alles andere als eine befriedigende Lösung. Auch die Finanzierung nur durch Werbung ist kein Ausweg. Das schafft nur andere Abhängigkeiten. Also weiterhin Gebühren, aber Schluss mit diesem Monopol. Auch hier soll das Volk direkt mitreden können. Voraussetzung für eine solche Mitsprache wäre die Zulassung von weiteren Privatsendern mit überregionalem Charakter. Somit könnte eine Art Markt geschaffen werden. Dank der modernen Technik (Scanning) wären die Konsumenten in der Lage, selbst Einfluss auf die Gebühren-Verteilung zu nehmen. Ein solches Verfahren könnte wie folgt aussehen:

1. Die Konsumenten geben jeweils auf den Einzahlungsscheinen oder separaten Auftragsformularen in den dafür vorgesehenen Feldern an, für wen (evt in % auf verschiedene Sender aufgeteilt) der Betrag bestimmt ist.
2. Bei fehlenden oder mangelhaften Angaben fliesst der Gesamtbetrag in einen Pool. Der Schlüssel für die Verteilung dieser Gelder wäre noch zu bestimmen. Natürlich decken sich diese Angaben nicht unbedingt mit dem effektiven Konsum, sind aber eine eindeutige Willenskundgebung, wenn die Gebühren zukommen sollen und liefern nach meiner Meinung einen brauchbaren Richtwert für eine gerechtere Gebühren-Verteilung.

Alfred Külling, Adliswil



Une nouvelle guerre de colonisation



Mary Meissner

Dans ses récents discours remplis de menaces virulentes, Georges W. Bush cache son but réel en parlant de guerre, ce but étant d'abord et surtout le contrôle du pétrole.

Les Etats Unis étant les plus gros gaspilleurs d'énergie sur cette planète, il est impératif que son gouvernement fasse des prévisions à long terme et pour ce faire, refuse en premier lieu toutes mesures de contrainte, qu'elles soient antipol-

lution ou allant dans le sens de restrictions touchant au bien-être et à la protection armée.

L'Irak, seul pays pétrolier refusant les ukases de Washington, Saddam Hussein refusant toute allégeance ou compromis dans le commerce pétrolier, il est clair que cet empêcheur de tourner en rond au doigt et à l'œil des Etats Unis, devienne la proie idéale des requins de Wall Street. En parallèle et dans le collimateur, il faut inclure la région caucasienne et les manigances terribles qui ont débuté par l'Afghanistan.

Ce nouveau colonialisme qui, sans ressembler aux premières occupations par des colons qui se cachaient derrière des motifs religieux, est tout de même en définitive, le vol du sous-sol par des colons modernes qui se cachent derrière des principes moraux. Le

résultat est le même: l'appauvrissement des populations qui ont le malheur au lieu du privilège, de survivre grâce à leurs richesses naturelles, leur asservissement financier et l'exigence d'applaudir aux décisions prises par les nouveaux maîtres des lieux. Ce colonialisme là, est plus terrible que celui des siècles passés, car il menace la paix mondiale.

Toutes les grandes guerres ont été provoquées par une concurrence effrénée et omnipotente entre nations pour obtenir ou garder la suprématie territoriale, donc économique. Il n'y a qu'à voir à la télévision les drapeaux étasuniens qui refléussent partout sur le territoire national, oblitérant les vraies causes d'une stratégie mondiale qui est celle de donner aux multinationales américaine, le contrôle suprême des énergies naturelles et

gratuites quelles qu'elles soient, dans le sous sol, dans les airs ou dans les eaux.

Face au développement rapide des moyens d'information, de contrôle, de robotisation, de découvertes spatiales, d'informatique et de communication, il y a lieu de se préoccuper, effectivement, des sources renouvelables ou pas de cette planète et d'en être les maîtres et propriétaires en premier lieu devant tous les autres.

Pour cela, la devise doit être «La raison du plus fort est toujours la meilleure.»

Peut-être qu'un jour, comme durant ces dernières décennies, y aura-t-il des accusations et des procès, des revendications et des menaces de rétorsion, contre ces rudes colonisateurs sans scrupule d'aujourd'hui.

Le Piloni

LME, l'arbre qui cache la forêt

S'est-on demandé tous tant que nous sommes, si en haut lieu, le véritable motif de la libéralisation de l'électricité, ne cachait pas un but plus précis à venir, celui d'entrer dans l'UE par la petite porte, je devrais dire, par l'une des portes latérales nombreuses qui s'ouvrent comme des brèches dans notre refus de participer au grand barnum économique européen?

En y réfléchissant bien, en supprimant la régionalisation et les corps intermédiaires décisionnels comme ils fonctionnent aujourd'hui, on annihile l'esprit d'initiative qui assure la cohésion nationale au profit de grandes entités dirigées déjà par Bruxelles qui fonctionne comme un ordinateur lointain. Ce sont en fait les gens les plus proches des réalités qui sont les mieux à même de savoir ce qu'il faut faire à l'échelon local, ce qui implique que l'ontienne compte des compétences, qui sera bafoué et ignoré par le système centralisateur qui se durcit à Bruxelles. Il est impératif et indispensable que les besoins locaux soient recensés et programmés à long terme à travers un système de planification protégeant dans ce secteur où règne un consensus démocratique, le souci du bien commun et de l'égalité de traitement des nationaux.

Diluer notre potentiel électrique facilement contrôlable vu la petite superficie de notre pays au profit de vastes réseaux internationaux qui sont sous la tutelle de l'UE serait une grande faute. De propriétaires, nous deviendrons les vassaux exploitables à souhait.

Les Roms attaquent

On a pu lire aujourd'hui que 46 Roumains sont arrivés de France en Suisse pour demander l'asile politique. Vu les récentes déclarations de l'Office des réfugiés qui sous la houlette de Ruth Metzler veut renvoyer tous les migrants économiques qui arrivent d'un pays sûr, dans le dit pays, verra-t-on ces Tziganes retourner en France?

Car nous n'avons pas lu de communiqué nous informant que notre voisine est d'accord de les reprendre, vu qu'il y en a d'autres qui sont répertoriés sur tout le territoire français et que le gouvernement de monsieur Raffarin n'a pas donné l'accord demandé par notre département de Justice et Police.

A ce sujet, je voudrais vous raconter une histoire. En 1994 je suis allée à Buzias en Roumanie pour une cure d'eaux anti-rhumatismales. Un jour, je sirotais un jus de fruit sur la terrasse d'un petit café au cœur d'un magnifique parc où couraient des écureuils, lorsque je fus abordée par un groupe de Tziganes, dont l'un parlait français. Je passe sous silence la longue discussion qui s'ensuivit, mais le gros de

leur revendication était d'obtenir des renseignements sur les possibilités de venir en Suisse, en France ou en Italie. Quelles étaient les meilleurs endroits de passage, d'installation et d'aide gouvernementale. Ils se plaignaient de l'ostracisme dont ils sont victimes en Roumanie, de leur pauvreté et chômage, et de contrôles récurrents. Comme je refusais de leur venir en aide, ils m'affirmèrent que d'une manière ou d'une autre, ils trouveraient bien le moyen de venir chez nous. Cela ne m'étonna pas du tout, vu qu'en 1985, lors d'un séjour prolongé à Bucarest et à Iasi, mes amis roumains m'avaient dit de me méfier de ces voleurs de Roms qui perturbaient les autochtones sur les marchés et les endroits publics. Qu'ils devaient rester dans leurs villages et surtout que leur marmaille n'envahisse pas les écoles roumaines, où ils n'étaient pas acceptés. A chaque sortie pour des achats maraîchers. Mihai, mon ami journaliste, regardait autour de lui et me serrait de près comme si nous étions entourés d'invisibles et de dangereux ennemis.

J'espère que les autorités suisses seront attentives à ce que les tragiques événements qui ont bouleversés la France concernant les Roms estropiés forcés de faire la manche dans les rues urbaines, ne se produisent pas chez nous. Et j'ose espérer que l'UE pensera à deux fois avant d'accepter comme membre ce pays où des millions de chiens sont jetés à la rue et ramas-

sés comme des ordures par des Tziganes qui les déversent dans des rebuts puants, et où des milliers d'enfants sont eux aussi jetés dans les hospices publics misérablement équipés où ces gosses deviennent fous.

Octopus, le 16 septembre 2002

Deux clownesses à montrer du doigt

Ce ne sont pas des marionnettes, mais des illusionnistes. Je veux parler de Carla del Ponte et de Nelly Wenger qui viennent compléter la panoplie de nos amuseurs professionnels. Toutes deux coûtent des millions de francs prélevés sur nos impôts afin de pouvoir figurer sur la scène de leur théâtre respectif: l'une à la Haye avec le fiasco Milosevic dont les médias n'osent pas parler, l'autre à Expo.02 dont les médias se gargarisent sans trop insister sur sa faillite. Il est donc inutile d'insister sur le scandale Wenger qui a pour motif principal de détruire l'image de la Suisse à coups de millions, mais voyons ce qui provoque notre colère contre Mme del Ponte.

Le 26 juillet, un 102e témoin était cité au procès Milosevic, vu que les 101 précédents avaient été incapables de prouver la responsabilité du leader serbe dans les crimes qui lui sont reprochés. Il s'agit de Rade Markovic, ancien chef de la police

Suite en page 14

Le Piloni

Suite de page 13

de sûreté serbe qui dénonça le marchandage éhonté de la part de l'actuel ministre de la Justice serbe, très coopératif avec le TPI, qui l'avait illégalement tiré de sa prison, un soir, après l'avoir torturé pour qu'il trahisse son ex-supérieur. On lui avait proposé la liberté avec un changement d'identité et tout l'argent nécessaire pour refaire sa vie, en échange d'un faux témoignage contre son ancien chef Milosevic. Il ni a également la mise sur pied d'une politique d'extermination comme décrite par des Kosovars revanchards. Qui dit mieux?

Le 11 septembre super star

Voilà la réponse à «qui dit mieux»? Grâce au battage mondialisé et médiatisé à la manière hollywoodienne, grâce aux médias internationaux, télévision en tête, grâce à la crédulité des survivants qui se laissent manipuler comme des soldats de plomb, les victimes du 11 septembre sont idéalisées, presque

divinisées. Qu'en est-il des autres millions de civils qui ont payé et paient un lourd tribut à la folie aveugle de ceux qu'on appelle «terroristes».

Si le Japon avait voulu faire de même après les 100'000 victimes d'Hiroshima et les 250'000 morts de Nagasaki (en comptant les décès post bombardement dans les hôpitaux) les cérémonies du souvenir dureraient encore aujourd'hui. D'aucun diront qu'il s'agissait d'un état de guerre (quoique les Japonais aient été sur le point de capituler), mais maintenant, qui aurait le front de nier que nous sommes en guerre jour et nuit contre un ennemi invisible?

Lancer deux bombes atomiques du ciel sur deux villes, ou deux avions tombant du ciel sur deux Tours, ces endroits étant rempli de civils, n'est-ce pas une drôle de coïncidence?

Souvenons-nous que la vengeance est un plat qui se mange froid et que les Américains devraient peut-être diriger leur ire ailleurs que sur les terroristes islamiques?

Octopus, le 11 septembre 2002

Le Piloni

Drôles de renvois

Jean Daniel Gerber, directeur de l'Office fédéral des réfugiés nous la baille belle. Figurez-vous un monstre de marionnettes qui s'amuserait à remplacer les fils qu'il tire, par des fils de fer ou par de la mie de pain filée? Ces deux procédés seraient bien vite éventés, dénoncés et moqués. Mais notre marionnettiste national ne s'encombre pas de si petites ficelles, il préfère utiliser directement des bûches. N'a-t-il pas déclaré aux médias qu'il est d'accord de renvoyer des requérants qui auraient passé avant dans des pays réputés «sûrs», à CONDITION QUE CES PAYS SOIENT D'ACCORD DE LES REPRENDRE. La bûche est plus que grosse et nous fait éclater de rire. Croit-il vraiment que les Français, les Belges ou les Italiens, pour ne citer que ces voisins, accepteront de reprendre ces surplus de pauvres gens dont ils sont trop heureux de se débarrasser? Si, dans une moindre mesure, ils ne sont pas aussi nombreux en pourcentage de la population que ceux que nous avons en Suisse, ces gouvernements sont tellement endettés par une population étrangère qui les ruine, que c'est illusoire de suivre les prévisions et le raisonnement de notre monsieur Gerber. On peut se demander s'il est vraiment à son poste?

Beaucoup de citoyens lui ont fait confiance pour qu'il aide à décharger les organisations humanitaires des réfugiés drogués et dealers, des sidaïques et des délinquants de toutes sortes qui hantent nos pri-

sons, en les arrêtant sérieusement. Mais il se cache derrière le fait que ceux qui ont détruit leurs pièces d'identités ne peuvent être renvoyés. Comme si nous ne pouvions mettre cette chienlit dans des camps avec interdiction d'en sortir sauf s'ils montrent patte blanche, c.à.d. leurs papiers d'identité! De les remettre à la rue... c'est du laxisme et un non respect de la population.

Dans ce collimateur, il faut mettre la nouvelle cheffe du Département de Police de Genève, qui a promis, pour être élue, de débarrasser la place des Volontaires et la Gare Cornavin des dealers et acheteurs de cocaïne, d'héroïne, de chit ou d'ecstasy qui dérangent nuit après nuit les passants. Savez-vous ce qu'elle fait? C'est aussi cocasse que le monstre de marionnettes: elle leur interdit ces deux endroits pendant trois mois. Alors ils vont ailleurs ou attendent que trois mois se soient écoulés. S'ils se font arrêter pour des délits plus importants comme vol à la tire, tentative de viol ou agressions verbales, la justice les relâche dans les 48 heures. La Suisse, quelle belle démoncrassie formée d'incompétents et de lâches.

Concerne le Palais de l'équilibre

Nous apprenons que le Palais de l'équilibre d'Expo.02, émet 400 tonnes de CO₂ (on ne précise pas si c'est par heure, jour ou semaine), donc il serait mal venu de démonter, transporter et remonter cette construction à des coûts faramineux s'ajoutant à la facture salée qu'Expo.02 s'empresse de présenter pour boucher une partie du déficit prévu. La ville de Lancy

étant déjà surbétonnée par les constructions existantes et celles à venir selon les plans de Monsieur Moutinot, le CO₂ explosera dans l'atmosphère par le ballet des voitures en augmentation.

D'autre part, les finances de Lancy n'étant pas des plus brillantes, est-ce vraiment le moment d'acheter un tell monument? Laissons donc ce palais là où il est, et que la ville de Neuchâtel est prête à acheter et à entretenir. Il polluera moins les habitants puisqu'il est au bord du lac et là au moins, pas besoin de frais de démontage, remontage et transport. (N. red: Lancy a refusé, problème réglé)

Les dérives de la Bourse

C'est terrible de devoir sans cesse revenir sur ce sujet que nous traitons avec pessimisme depuis pas mal de temps, mais ce que nous apprenons est le comble de la saloperie, au moment où l'on traque sur internet des milliers de pédophiles. Ainsi les investisseurs (pour le moment américains) dépravés, pourront placer leurs capitaux dans le portefeuille du vice. Contre la morosité du marché boursier, ils ont eu l'idée, ils ont eu la «riche» idée d'offrir des actions n'étant pas dans le collimateur des baisses à répétition. Donc avis aux amateurs, le marché des armes, du tabac, de l'alcool et des jeux leur tend les bras.

Cette ultime dérive des Bourses, initiée comme de bien entendu par les cowboys américains sans scrupule, démontre que le fond de ce système devient de plus en plus nauséux. Notre société déjà terriblement atteinte par la drogue, la pédophilie et l'appât du gain même sale, gangrène et ruine la vie des citoyens trop faibles pour résister à de telles manœuvres offrant un gain immédiat.

Evidemment, dans ces domaines du vice et des armes, il n'y aura pas de krachs ou de faillite, mais des dommages moraux irréversibles. Ces maux viendront s'ajouter aux autres dangers qui nous menacent: la surexploitation des ressources, le génie génétique, la dégradation du climat, les licenciements sauvages, l'insécurité sur nos routes et jusque dans les préaux d'écoles, l'hystérie militaire, etc, sont les conséquences de la voracité des marchés boursiers, casinos ouverts jusqu'au cœur de nos maisons par internet.

Licenciements en augmentation

Le Tessin est touché de plein fouet par le retrait des capitaux italiens soit 80 milliards de francs retirés grâce à l'amnistie décrétée par Silvio Berlusconi. 30 milliards vont encore s'envoler vers l'Italie, lors de la seconde amnistie annoncée hier dans la Péninsule. La banque du Gothard est en faillite et cherche un repreneur. Les autres établissements bancaires sont en mauvaise posture.

Il y aura plus de 1600 licenciements dans le canton qui viendront s'ajouter aux quelques 100 millions déjà enregistrés partout: Il n'y a pas de si grand mal qu'il y ait un petit bien à côté. Ainsi ceux qui prônaient l'acceptation de 100'000 migrants pour aider l'économie suisse (et européenne avec 300'000 immigrés) auront l'occasion de se montrer coopératifs et patriotes en engageant d'abord NOS chômeurs forcés qui sont des employés compétents. Ils n'auront aucune excuse pour continuer à accepter des étrangers formés à l'extérieur. Et l'assurance chômage sera obli-

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:

Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Le casse-tête du problème de l'asile

L'UDC a lancé une initiative «contre les abus en matière d'asile» qui passera devant le peuple le 24 novembre prochain. Comme il fallait s'y attendre, l'OSAR, soutenue par les partis gouvernementaux, le Conseil fédéral, le Parlement et les œuvres d'entraide, estiment que la Suisse n'est pas une «barque» et que l'initiative doit être combattue pour permettre aux personnes persécutées de trouver refuge chez nous. Evidemment, tous ces bien-pensants s'imaginent que nous sommes un immense paquebot et ils concoctent déjà un contre projet qui sera discuté aux Chambres fédérales. Décidément, ils n'ont rien appris et la situation catastrophique de la Suisse qui se fait grignoter par ses voisins achétant à tour de bras nos plus belles industries et commerces, leur importe peu. Ils ne voient pas que ces nouveaux propriétaires s'empressent de mettre à la porte leurs employés suisses pour engager leurs propres ressortissants qui profitent des accords bilatéraux leur octroyant

les mêmes droits que nos concitoyens (logement, salaires et diverses assurances). Les frontaliers tant à Bâle qu'à Genève augmentent chaque jour, et mettent au chômage des masses de travailleurs qui sont depuis longtemps dans les entreprises.

D'autre part, l'OSAR et compagnie pleurnichent sur l'obligation que fait l'initiative de renvoyer dans les pays sûrs d'où viennent ces milliers de réfugiés, car cela toucherait 98% des requérants d'asile. Ont-ils dans l'idée de remplacer notre propre main d'œuvre qualifiée par ces étrangers aux mœurs et connaissances différentes qui refusant l'intégration?

Le moment est bien choisi

Avec l'arrivée massive des Roms ces jours-ci, aidés officieusement par le Gouvernement français qui ne sait plus où les mettre, et les aident à passer nos frontières par jalousie vindicative (voir leur rogne contre notre système bancai-

re), l'initiative de l'UDC (n'avons-nous pas fait un barnoum effroyable au sujet de nos surplus d'or?), tombe à pic pour renforcer quelques mesures de protection afin que nous ne devenions pas bientôt «Le Camp des Saints».

L'OSAR et compagnie, devraient réfléchir avant de traiter l'UDC et ses nombreux adhérents, de renégats oubliant la vocation de la Suisse humanitaire d'Henri Dunant et autres humanistes qui le sont devenus pour d'autres raisons que celles invoquées aujourd'hui. En effet, les conditions économiques qui font fuir tant de migrants n'existaient pas à l'époque. Donc, ne mélangeons pas ces migrants économiques qui sont des millions dans le monde, avec les réfugiés de la guerre. Et si l'OSAR sait que 98% devraient être renvoyés, cela prouve que la «barque est vraiment pleine», et leurs arguments fallacieux sont mal venus.

La France sans scrupule

Notre gouvernement qui copie tant de fois la France ou d'autres voisins, pourquoi concernant l'initiative de l'UDC n'applique-t-il pas la manière forte des Français qui est, dans le cas présent, la fermeture du

camp de Sangate et le renvoi manu militari de ces réfugiés économiques et autres clandestins indésirables?

La France colonisatrice devrait normalement faire un geste d'accueil, mais personne ne lui reproche de se défendre comme elle le juge bon. Nous, Suisses, qui n'avons jamais été chercher de l'espace vital chez les autres, avons d'autant plus le droit et le devoir envers nos habitants, d'appliquer des mesures urgentes de même nature, si nous ne voulons pas étouffer sous le nombre.

En parlant des Français colonisateurs, on voit par l'attitude du pétrolier Total Fina France, s'installer en Birmanie polpotienne, la construction d'un pipeline grâce aux travaux forcés de la population. Dans ce cas aussi, les scrupules ne leur rongent pas le cœur! D'un côté, renvois forcés, de l'autre engagements forcés.

Quand donc la Suisse saura-t-elle ce qu'il faut faire, quand et comment elle doit le faire. Nous ne vivons plus au temps de la Berezina, mais nos autorités se conduisent encore à la manière d'ancêtres disparus depuis longtemps et qui savaient, eux, se défendre!

Maria de Seimners, 26. 9. 2002

Suite de page 14

gée de diminuer des prestations caritatives en fixant des délais de réemploi. Autrement, nous courons droit à la faillite de nos finances publiques et les rares travailleurs engagés paieront des impôts accrus.

Genève à l'honn(r)eur

Ce canton est décidément le cancre de la classe helvétique. Etant celui qui abrite le plus grand nombre d'étrangers (et pour cause) il est aussi celui qui naturalise le plus en Suisse soit 3.04% des étrangers résidents, à part Appenzell Rhodes Extérieures qui atteint un taux de 3.71%. En 2001, il y eut 4715 naturalisations qui ont coûté aux requérants entre 550 et 2200 francs. En 1999, nous n'en n'avions eues que 2745, mais cela coûtait plus cher, jusqu'à 100'000 francs. On peut se demander alors s'il s'agissait de pots de vin ou de dessous de table. On aurait pu croire que ce boum spectaculaire provenait des nombreuses organisations internationales et ONG mondiales, mais on constate que les étrangers qui veulent devenir suisse sont les Italiens (672), les Français (506), les Espagnols (346), très peu de Portugais très attachés à leur pays d'origine et qui ne s'intègrent pas du tout.

Si les latins voisins représentent une forte proportion de naturalisations facilitées, comme mariages, adoption, Suisses revenant de l'étranger, il y a aussi le regroupement familial. Ils se sentent proches de nous et sont intégrés de facto. Quant aux

milliers d'autres, leur motif est tout autre. Le passeport leur ouvre des horizons interdits, une facilité d'obtention de travail, et surtout des rémunérations assurées en cas de pépins, comme l'AI et autres compensations humanitaires.

Ce sont ces nouveaux citoyens qui changent notre mentalité, notre façon de vivre et nos croyances religieuses puisqu'ils se sont infiltrés partout. Ce mélange ne peut en aucun cas être bénéfique comme nous le serinent les «experts»(?), il n'y a qu'à tourner le regard vers les Etats Unis qui ne savent plus quoi faire pour se faire remarquer d'une manière agressive et arrogante, se croyant investis d'un modèle de société adéquat.

Bruits de bottes

Parlons en de ce modèle qui concocte sans état d'âme une guerre contre l'Irak, triste redite de la guerre du Golfe, mais en pire, après les attaques immondes contre l'Afghanistan à la recherche du fantôme ben Laden. Une telle société mélangée, apatride et asexuée, ne se rend pas compte que les marchands de canons les abusent et leur mentent, les sachant affaiblis et cosmopolitement contaminés.

Alors on rencontre des fanatiques religieux infestés de versets coraniques, des bouddhistes admirant leur nombril, des prédicateurs annonçant la fin du monde, des chrétiens passés à la moulinette du «new age», des admirateurs de Falung Gong inspirés, et de révolutionnaires patriotes qui profitent de ce melting pot malléable et crédule.

Restrictions des libertés dans le monde

On se pose trop de questions sur l'incongruité de certaines libertés qui sont de plus en plus restreintes dans beaucoup de pays, aujourd'hui. Mais on doit d'abord chercher les causes de ces restrictions et analyser la situation mondiale qui a complètement changé depuis les attentats du 11 septembre.

D'abord, sous l'effet de la peur, de la vengeance et de la colère, les lésés ont tendance à menacer quiconque ne se conformera pas à la ligne anti-terroriste instituée. Puis, l'ambiance de suspicions terroriste aidant, on procède à des arrestations arbitraires, tant il est vrai que mieux vaut prévenir que guérir. Il se développe en parallèle en Occident, un redressement moral salutaire qui prend en compte les dégradations laxistes autant sur le plan gouvernemental que populaire. Cette mise en place d'un contrôle orwellien traquant chacun de nos faits et gestes est la juste conséquence d'une décadence honnie

d'abord par les lésés nationaux et ensuite par les prudes populations orientales. Lorsqu'un climat psychique se dégrade, c'est comme le temps, tout a tendance à s'écrouler. Ainsi les lois deviennent plus sévères, on demande le retour du fichage officiel des citoyens, l'inclusion dans la constitution de la responsabilité parentale, le renforcement d'un rigorisme scolaire qui se dilue, la délation protectrice des biens personnels ou plus simplement une coopération de sécurité, une aide militaire renforcée et des contrôles plus sérieux aux frontières et dans nos rues. La justice elle-même, remise en question, fait son mea culpa et se remet en question. Pourvu que cela dure. Ainsi renaîtra la confiance dans les élus, la tolérance envers les voisins, une compréhension élargie aux problèmes récurrents et surtout une solidarité plus bénéfique si elle est basée non sur l'or, mais l'amour du prochain.

Mary Meissner, 11. 9. 02

Que leur chaut une guerre mondiale? Inch Allah!, des destructions massives? on verra magnana!, des morts par millions? c'est l'Apocalypse prévu dans les livres!

C'est beau le mélange des ethnies! Allez les Suisses, maintenant que vous êtes à l'ONU, naturalisez, naturalisez, il en sortira bien quelque chose. Mais quelle chose? Vous n'écoutez pas les citoyens prévoyants qui vous mettent en garde

depuis des décennies, les Schwarzenbach, Oehen, Zwicky, Soldini, Keller ou Blocher. Alors ne vous étonnez pas si le ciel vous tombe sur la tête. Vous êtes avertis, ne venez pas pleurer quand vous serez malades, estropiés, ruinés, enfermés ou accusés à tort, comme aujourd'hui. La raison du plus fort est toujours la meilleure. Merci La Fontaine.

Octopus, le 10 septembre 2002

Asylgesetzrevision: SD vermissen wirklich griffige Massnahmen

He. Mit der vorgeschlagenen Revision des Asylgesetzes versucht der Bundesrat einzig, im Hinblick auf die bevorstehende Volksabstimmung das Volk zu beruhigen. Mit der Bildung neuer Kategorien vorläufig Aufgenommener und dem Ausbau des Flughafenverfahrens weitet der Bundesrat das schweizerische Asylrecht sogar noch aus. Das Völkerrecht wird als Vorwand genommen, das Verfahren bei missbräuchlichen Asylgesuchen, die bei der Einreise per Flugzeug gestellt werden, zu verlängern.

Zudem befürchten die SD, dass mit der Einführung der sogenannten «humanitären Aufnahme» die Schweiz als Asylland noch attraktiver wird und dass die Asylzahlen noch weiter ansteigen werden. Es ist völlig unverständlich, abgewiesene Asylsuchende mit grosszügigen Integrationsmassnahmen besser zu behandeln als in der Schweiz Niedergelassene.

Die vorgeschlagene Drittstaatenregelung und das neue Finanzierungsmodell können als Schritt in die richtige Richtung aufgefasst werden, sofern diese Massnahmen auch konsequent umgesetzt werden.



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Griffige SD-Vorstösse in der Herbstsession

In der Herbstsession hat SD-Nationalrat Bernhard Hess Vorstösse eingereicht, wonach der Bundesrat gesetzlich verpflichtet werden soll, Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern von Asylsuchenden sowie Transitabkommen mit ausgewählten Staaten anzustreben und abzuschliessen. Im Weiteren soll der Bundesrat verpflichtet werden, jegliche staatliche Hilfe, insbesondere Entwicklungshilfe, an Staaten einzustellen, die sich bei der Rückführung ihrer Bürger, die in der Schweiz erfolglos ein Verfahren durchlaufen haben, weigern. Schliesslich wollen die SD den Bundesrat dazu anhalten, mit ausgewählten Staaten Abkommen in dem Sinne anzustreben und abzuschliessen, dass diese auch abgewiesene Asylsuchende aus unkooperativen Staaten des gleichen Teils von Afrika temporär aufnehmen.

All diese Vorstösse richten sich gegen Missbräuche vor allem von Staatsangehörigen aus Algerien, Nigeria, Guinea und Angola. Personen aus diesen afrikanischen Staaten sind in den letzten Monaten durch ihr aggressives Verhalten und ihre kriminelle Energie aufgefallen.

Der aktuelle Vorstoss: Motion Bernhard Hess (SD)

Einstellung von Entwicklungshilfe bei massivem Asylrechtsmissbrauch

Antrag:

Der Bundesrat wird verpflichtet, eine Teiländerung des Asylgesetzes (AsylG) vom 26. Juni 1998 (SR 142.31) in dem Sinne vorzunehmen, dass jegliche staatliche Hilfe, insbesondere Entwicklungshilfe (ausgenommen humanitäre Direkthilfe), an Staaten einzustellen ist, die sich bei der Rückführung (Beschaffung von Dokumenten oder Ersatzdokumenten, Identitätsabklärungen, Einreiseerlaubnis und ähnliches) ihrer Bürgerinnen und Bürger, die in der Schweiz erfolglos ein Asylverfahren durchlaufen haben, nicht oder kaum kooperativ verhalten.

Begründung:

Die aktuellen Probleme im Asylverfahrensbereich sind zur Hauptsache eine Misere des Wegweisungsvollzugs. Können die Wegweisungen abgewiesener Asylsuchender nicht vollzogen werden, nimmt die Attraktivität der Schweiz als Asylland stetig zu.

Vom 1. Januar bis zum 31. Juli 2002 sind in der Schweiz über 2300 Asyl-

gesuche von Staatsangehörigen aus Algerien, Nigeria, Angola und Guinea eingereicht worden. Die meisten Gesuche von afrikanischen Staatsangehörigen wurden dabei von Personen aus den west- und nordafrikanischen Ländern Nigeria, Algerien und Guinea eingereicht.

Im gleichen Teil Afrikas oder sogar unmittelbar angrenzend an die erwähnten Herkunftsstaaten liegen die Schwerpunktländer der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit: Mali, Niger, Burkina Faso, Benin und Tschad. Diese erhalten zusammen jährlich rund 80 Millionen Franken an schweizerischer Unterstützung und kommen daher als Vertragspartner für eine temporäre Aufnahme von abgewiesenen Asylsuchenden aus der Schweiz in Frage.

SD 
Schweizer Demokraten

Zeichnungsschein

Jawohl, ich unterstütze Produktion und Verteilung eines im Oktober 2002 erscheinenden SD-Flugblattes «Ja zur Initiative gegen Asyl-Missbrauch».

Ich leiste einen persönlichen Beitrag an die Kosten dieser Grossauflage von

Fr.

(Pro gezeichneten Franken können zehn Flugblätter verteilt werden.)

Der von mir gezeichnete Betrag ist wie folgt zu verwenden: (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Die Flugblätter gegen den Asylmissbrauch sind in der Gemeinde / in der Region zu verteilen
- Ich überlasse die Auswahl des Verteilgebiets den SD
- Die durch meine Zeichnung finanzierten Sondernummern sollen sofort nach deren Produktion (Mitte Oktober) an meine Adresse gesandt werden, weil ich die Verteilung selber vornehmen will.



Stoppt das Asylchaos

Am 24. November JA zur Asyl-Initiative

Unterlagen und Werbematerial für die Asyl-Initiative

Anzahl	Werbemittel	Anzahl	Werbemittel	Format
_____	SD-Flugblatt	_____	Plakat B4	89,5 x 128 cm
_____	SD Nr. 10/2002 (nur kleinere Mengen)	_____	Kleinplakat	A3 (29,7 x 42 cm)

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____

Bitte per Post, Fax oder E-Post senden an: SD, Postfach 8116, 3001 Bern, sd-ds@bluewin.ch, Fax 031 974 20 11